

Die „Gewerkschaft“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Arbeiter Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gewisse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 22.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußland 10.— Mk., für das übrige Ausland 24.— Mk.

Die abgehaltene Konzeptionskasselle über deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das letzte gedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— Mk., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letzte gedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Verlagsdruckerei Zentrum 152 30—152 39

# Gewerkschaft

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Zum Gewerkschaftsfongress in Leipzig

Morgen tritt in einer höchst bedeutenden Zeit der 11. Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands zusammen. Stand der letzte Kongress im Jahre 1919 unter dem Zeichen der Festigung und des Ausbaus der errungenen Positionen der Arbeiterklasse, so ist die diesjährige Tagung vornehmlich der Verteidigung und Erhaltung der Errungenschaften gewidmet. So zeigt sich schon in diesem allgemeinen Vergleich der beiden Nachkriegskongresse der Umschwung im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit: 1919 das Proletariat in der Offensive, 1922 dagegen auf allen Gebieten in der Defensive! Und wir glauben, daß die Delegierten in Leipzig nicht umhin können, bei der Aussprache nach Aufgaben und Methoden bei der Verteidigung aller Errungenschaften auch gleichzeitig der Ursache des allgemeinen Umschwunges nachzuspüren. Und das um so mehr, als doch die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen wenigstens zahlenmäßig bedeutend angewachsen ist.

#### I.

Man kann den Aufschwung der organisatorischen Stärke der freien Gewerkschaften nach dem Kriege geradezu als stürmisch bezeichnen. Neben dem Fallen einer Menge von staatlichen Zensuren (Organisationsverbote usw.) hat dazu besonders die politische und wirtschaftliche Unsicherheit beigetragen. Inmitten der allgemeinen Unsicherheit aller Verhältnisse suchte die Masse nach einem festen organisatorischen Halt. Und sie glaubte ihn zu finden in den erfreulichsten — trotz aller Differenzen wegen der Kriegspolitik — geschlossenen gebliebenen Gewerkschaften. In Millionen strömten die Arbeiter und Angestellten in die freien Gewerkschaften. 1891 waren es nur 277 000 Mitglieder, 1913 schon 2 573 000; aber in den Jahren 1919 bis 1920 vermehrte sich diese Zahl auf 7 890 102 Mitglieder (1919 = 3,8 Millionen Zuwachs, 1920 = 2,5 Millionen). Gleichzeitig erfolgte eine Konzentration und stärkere Zusammenziehung der einzelnen Verbände zu größeren und leistungsfähigeren Organisationen, ein Prozeß, der heute noch nicht abgeschlossen ist und in dem Streben nach Industrieverbänden seinen Ausdruck findet. Dem ADGB sind heute 49 Gewerkschaften angeschlossen. Was in diesen stürmischen Jahren die freien gewerkschaftlichen Organisationen geleistet haben, steht einzig in der Geschichte da und ist ein stolzes Ruhmesblatt für die sozialistische Arbeiterbewegung.

In dieser Organisationsstärke kamen eine Unmenge anderer wirtschaftlicher und politischer Aufgaben. Die Novemberrevolution hatte dem Proletariat eine überragende Stellung im Staatswesen eingeräumt. Ein weites Arbeitsfeld lag vor den Gewerkschaften, das, neben der Organisation und Schulung der neuen Millionenheeren, gleichzeitig beiseite sein wollte. Mit lecher Hand griffen die gewerkschaftlichen Organisationen die neuen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben an und veruchteten, ihnen Richtung und Ziel zu weisen. — Wenn wir das alles bedenken: den Millionenzuwachs, die Führung aller wirtschaftlichen Kämpfe, die in den Nachkriegsmonaten nicht ausbleiben konnten, und außerdem die neuen gewaltigen Aufgaben, die sich infolge der revolutionären Ereignisse vor den Gewerkschaften auftrühten, wird uns erst so recht klar, was für gewaltige Leistungen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse hervorgebracht hat, welche Macht und Stärke sich in den gewerkschaftlichen Organisationen verkörpert.

#### II.

Aber die Gewerkschaften stehen einem nicht minder starken und leistungsfähigen Gegner gegenüber. Das Unternehmertum hat sich gleichfalls harte und mächtige Organisationen geschaffen, die sich fast ausschließlich dem Kampfe gegen die Arbeiter und Angestellten widmen. In welchem Maße die Unternehmerverbände gewachsen sind, davon zeugen folgende Zahlen:

Es bestanden im Jahre 1914 bereits 125 Reichsverbände, 490 Landes- und Bezirksverbände und 3059 Ortsverbände; 1919 dagegen zählte man 831 Reichsverbände, 126 Landes- und Bezirksverbände und 132 Ortsverbände. In den Jahren 1915 bis 1919 wurden allein neu gegründet 292 Reichsverbände, 42 Landes- und Bezirksverbände und 48 Ortsverbände. In den letzten drei Jahren ist diese Organisationsfähigkeit der Unternehmer noch bedeutend gewachsen.

Also auch beim Gegner ein Anwachsen der Organisationen und eine Konzentration der Kräfte in zentralisierten Reichsverbänden! Neben diesen Arbeitgeberverbänden hat sich das Unternehmertum aber noch andere Organisationen gegen die Arbeiterklasse geschaffen. Wir wollen hier nur erwähnen die Kräfte und Syndikate, die durch ihren überragenden Einfluß auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sehr die Lebenshaltung und die Arbeitsverhältnisse

der Arbeitnehmer beherrschen, ganz abgesehen von den übrigen Organisationen, die in Gestalt der Technischen Nothilfe, der unternehmerfreundlichen Gewerkschaften, der Streikbrechergerarden als sog. „Nach- und Schlichtergesellschaften“ usw. die Interessen der Unternehmer wahrnehmen. So ist auch der Gegner heute stark organisiert, der versucht, den freien Gewerkschaften das Gesetz des Handelns aufzuzwingen. Und wehe der Gewerkschaftsführung, die diesen gewaltigen Gegner unterschätzt!

#### III.

Es war das Verhängnis der im November 1918 zur Macht gelangten Arbeiterklasse, daß sie einmal nicht geschlossen war und zum anderen voller Illusionen in Bezug auf die zukünftige Entwicklung. Einig im Ziel, herrschten in den Meinungen, wie man dorthin gelangen sollte, die größten Unterschiede. Die Rechtssozialisten, beläutert mit ihrer Kriegspolitik, gingen auf dem Wege des Burgfriedens weiter. Vins von uns ließ revolutionäre Unzulänglichkeit seine kühne und klare Selbstbestimmung der Arbeiterklasse zu. Bei diesen, vornehmlich durch die Schuld der rechtssozialistischen Kriegspolitik, geschaffenen Differenzen unter den proletarischen Parteien fiel den geschlossenen gebliebenen Gewerkschaften eine besonders hohe und wichtige Aufgabe zu. Leider müssen wir, bei aller Anerkennung der gewaltigen Leistungen in der Nachkriegszeit, feststellen, daß sie diese historische Mission nicht zu erfüllen verstanden haben: nämlich, der gesamten Arbeiterbewegung ein Vorbild einheitlichen und geschlossenen Klassenkampfes in der Richtung auf das sozialistische Endziel zu geben. Oder wie Marx das schon in der Genfer Revolution 1866 ausdrückte: „Gewucht als Organisationsmittelpunkt der Arbeiterklasse deren vollständige Befreiung anzustreben, indem sie jede soziale und politische Bewegung, die auf dieses Ziel gerichtet ist, unterstützen.“ — Wir sagen, diese Aufgabe haben die Gewerkschaften wenn auch nicht verkannt, so doch mit völlig falschen und unzulänglichen Mitteln und Methoden zu lösen versucht. Wir glauben, bei dieser Feststellung heute auch im rechtssozialistischen Lager Zustimmung zu finden.

Die Politik der Arbeitsgemeinschaften, um nur das wichtigste Argument zu nennen, führte zu einem vollkommenen Bankrott der Nachkriegspolitik des ADGB. Unter dem Schutze der Arbeitsgemeinschaften — ein anderes Wort für Burgfrieden — ist das Unternehmertum wieder stark und mächtig geworden. Heute brauchen sie dieses Instrument nicht mehr, und die Fälle mehren sich, wo die Unternehmer sich den Teufel scheeren um die übernommenen Verpflichtungen. Die Arbeitgeber sind heute stark genug, um jede Rücksicht auf die Gewerkschaften fallen zu lassen. Wenn sie die Arbeitsgemeinschaften noch aufrechterhalten, so nur deshalb, weil darin die Gewerkschaften in vielfacher Hinsicht gebunden sind, während die Unternehmer sich nur noch scheinbar an die Bindungen halten.

Dem Gedanken des wirtschaftlichen Burgfriedens war die ganze Nachkriegspolitik der Gewerkschaften untergeordnet. Nur wenige Gewerkschaften, wie der Metallarbeiterverband, machten eine Ausnahme. Nur für die Arbeitsgemeinschaften ist, der mußte in Konsequenz seiner Auffassung allen Verbündungen entgegenzutreten, die den Klassenkampf propagierten. Es war daher nur folgerichtig, wenn manche Gewerkschaftsleitungen dem Roscher in wohlwollende Neutralität entgegenbrachten und wenn sie fernerhin allen ernsthaften Kämpfen der Arbeiterklasse gegen das immer frecher werdende Unternehmertum die Spitze abzubrechen veruchteten. Wir wollen nur an die Sozialisierungskämpfe, an das Betriebsrätegesetz, an den Rapp-Putsch und aus der allerletzten Zeit an das Steuerkompromiß in Verbindung mit der Sachwertverfassung erinnern. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik fehlte in der Tat die Gewerkschaften an Händen und Füßen und ließ die in ihnen verkörperte Macht- und Kräfte entsprechend den Kräfteverhältnissen nicht zur genügenden Anerkennung und Ausnützung gelangen. Ausnahmen betrafen nur die Regel. Man kann sogar sagen, daß diese Koalitionspolitik auf wirtschaftlichem Gebiete den Interessen der Arbeiter noch mehr geschadet hat als die Koalition auf politischem Gebiet. Dabei nicht vergessen werden darf, daß eines das andere wechselseitig ergänzt. Ohne Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften keine Koalitionspolitik der Rechtssozialisten und kein vörläufiges Programm und umgekehrt!

Wenn wir auf das alles hinweisen, so deshalb, um aufzuzeigen, in wie hohem Maße die Gewerkschaften mitschuldig sind an dem Zurückdrängen der Arbeiterklasse auf allen Gebieten. Daß heute die Unternehmer wieder oben auf sind und zur Generaloffensive vorgehen, das ist nicht zum geringsten

auf das Konto der falschen Kriegs- und Nachkriegspolitik der Gewerkschaftsführungen zu setzen. Wir sagen das, um zu zeigen, wie und wo zu bessern ist.

#### IV.

In wie hohem Maße die von uns geschilderten Folgen der Gewerkschaftspolitik immer mehr von den Gewerkschaftsmittgliedern erkannt werden, zeigen allein die vielen Anträge zum diesjährigen Kongress. Die 276 Anträge, die allein 31 Folienseiten umfassen, zeugen von der Unzufriedenheit und dem Bestreben der organisierten Arbeiterklasse, endlich einen neuen besseren Kurs zu steuern. Die Gegenstände, welche die meisten Anträge behandeln, sind dieselben, die bisher unserer Kritik unterlagen. So machen die Wiesener und die Frankfurter Buchdrucker dem ADGB, den Vorwurf, daß er nicht mehr der Führer, sondern der Gesandene ist. Der Verbandsvorsitzend der Dachdecker setzte eine scharfe Kritik in der Frage der Erfassung der Sachwerte an. In dem gleichen Sinne sind eine Reihe von Anträgen aus anderen Gewerkschaften gehalten. Der Redaktion der „Betriebsrätezeitung“ wird scharf zu Leibe gegangen und die Neubefetzung mit Sozialisten gefordert, um die wichtigsten Anträge sind aber die, welche der allgemeinen Politik des ADGB ein Mißtrauen ausdrücken. Die Arbeitsgemeinschaften werden in nicht weniger als 15 Anträgen behandelt und in allen aufs schärfste verurteilt und abgelehnt. Gleiche Ablehnung und Brandmarkung findet die Einrichtung der Technischen Nothilfe. Eine große Zahl von Anträgen fordert eine Unterbrechung der Beziehungen zum Zusammenschluß zu Industriearbeitsgemeinschaften, um für den Kampf leistungsfähigere Gewerkschaften zu bekommen. Schließlich sei noch erwähnt, daß sich 17 Anträge mit dem kommenden Arbeitsrecht befassen. Es wird darin scharfster Kampf gegen jede Ausnahmebestimmung gefordert, vor allem gegen die berückichtigte Schlichtungsordnung.

#### V.

Die Tagesordnung des Kongresses umfaßt neun Punkte. Clemens Koppel behandelt das Thema: Betriebsräte und Gewerkschaften. Hier wird vor allem die Schulung und Ausbildung der Betriebsräte eine große Rolle spielen, bezw. Fragen der Ausnützung des Betriebsrätegesetzes im Interesse der Arbeitnehmer, besonders im Hinblick auf das neue Gesetz über die Betriebsräte im Aufsichtsrat. Sehr wichtig wird die Frage des weiteren Ausbaues der Rätegesetzgebung sein hinsichtlich der zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräte.

Der 4. Punkt der Tagesordnung: Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaften, worüber Fritz Zarnow referiert, dürfte besonders eine gründliche Erörterung des Problems der Industriearbeitsgemeinschaften hervorrufen, eine Frage, die leider immer noch sehr ungeklärt ist, und wo die Unternehmerorganisationen einen großen Vorsprung voraus haben. Die freigewerkschaftliche Betriebsräteorganisation ist hier bereits mit ihren 15 Industriearbeitsgruppen vorbildlich vorangegangen. Freilich verkennen auch wir nicht die Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieses Problems entgegenstellen. Berufsunkel und andere Vorurteile sind immer noch sehr stark in den Arbeiter- und Angestelltenkreisen vertreten, was sich erst allmählich durch die Praxis ausmerzen lassen wird. Sollten aber nicht wenigstens die Gewerkschaftsführungen endlich die Wege ebnen durch Kartellverhältnisse und ähnliche praktische Uebergangsmassnahmen?

Neben diesen wichtigsten Fragen dürften beim 4. Tagesordnungspunkte auch die Geister hart aufeinanderprallen, wenn das Beamtenproblem erörtert wird. Ueber das Streikrecht der Beamten bestehen bekanntlich in führenden Gewerkschaftskreisen große Meinungsverschiedenheiten, womit auch eng zusammenhängt die Organisationsfrage der freigewerkschaftlichen Beamten überhaupt.

Die Methoden der Gewerkschaften werden jedoch beim 5. Punkt der Tagesordnung erst eingehende Erörterung finden, wozu Rudolph Wissell ein Referat hält über: Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte. Nach der Art der Thematikstellung will es scheinen, als soll die Frage der Arbeitsgemeinschaften nur im Zusammenhang mit den zu schaffenden Wirtschaftsräten behandelt, eine Diskussion über die Arbeitsgemeinschaftspolitik im allgemeinen aber ausgeklammert werden. Wenn das die Absicht des ADGB ist, so muß dem unbedingt widersprochen werden. Wir halten die Frage der Arbeitsgemeinschaften überhaupt für den Kardinalpunkt des ganzen Kongresses und glauben darin der Mehrheit der Gewerks-

Schaftsmitglieder einig zu gehen. Erst muß das für und wider des ganzen Problems geklärt sein, ehe es in Beziehung zu einer besonderen Frage, wie der der Wirtschaftsräte, gestellt werden kann.

Schließlich sei noch des besonders aktuellen und wichtigen Referats Professor Sinaheimers über „das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland“ gedacht. Hierbei bietet sich mannigfaltige Gelegenheit die Angriffe des Unternehmertums auf die Errungenschaften des Proletariats gleichsam in ihrer gesetzlichen Hebung und Festlegung kennenzulernen. Ueberdies wird auch gerade bei dieser Frage eine scharfe Kritik an der Haltung des ADGB einlegen und besonders an der Redaktion des „Korrespondenzblattes“ und der „Betriebsrätezeitung“. Ist doch die Stellung des ADGB, vor allem zur Schlichtungsordnung, äußerst unsicher und schwankend gewesen, ganz abgesehen von seiner Haltung zur Arbeitslosenversicherung und zum Arbeitsnachweisgesetz usw. Ueberdies darf bei der Stellungnahme zu diesem Tagesordnungspunkt unseres Erachtens nicht vergessen werden, daß gerade die gesamte Nachkriegspolitik des ADGB den Unternehmern erst wieder den Rücken so gestellt hat, daß sie es heute unbehelligt wagen können, ein gesetzliches Arbeitsrecht der Arbeiterklasse vorzulegen, welches das größte Arbeitsunrecht e in heilichen Arbeitsrecht.

So enthält die Tagesordnung des Kongresses eine Fülle wertvollen Stoffes und es liegt nur an den Delegierten, aus diesem Stoff das bestmögliche für die Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Auf ihnen lastet eine große Verantwortung vor der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung.

VI.

Die freien Gewerkschaften sind groß geworden durch ihre im Kampfe gewonnenen Erfolge. Ihre Stärke und Anziehungskraft war der Boden des Klassenkampfes, auf dem sie wuchsen und gedeiheten. Dieser war es auch, der die freien Gewerkschaften von allen Konkurrenzorganisationen unterschied und ihnen das Uebergewicht vor allen wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften verlieh. Es ist geradezu ein Lebensgesetz für die freien Gewerkschaften, sich im Kampfe selbst zu erproben und zu schulen, um aus jedem Kampfe wieder verhärtet und an Erfahrungen reicher hervorzugehen. Freilich, die Kampfbedingungen und Kampfmethoden sind andere geworden, der Boden des Kampfes vielfach komplizierter und erweitert. Aber das Grundgesetz aller gewerkschaftlichen Kämpfe ist unverändert daselbst geblieben: als Klassenkampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Der dieses Grundgesetz verleiht und an seine Stelle eine Ueberbrückung der Klassengegenstände legt, der hebt nicht nur jeden Unterschied zwischen den freien und den anderen Gewerkschaften auf, sondern nimmt auch der modernen Gewerkschaftsbewegung jede Anziehungskraft für die Arbeiter und Angehörigen, weil er fundamentale Grundzüge der marxistischen Orientierung verlegt. Wir wollen nicht behaupten, daß die freien Gewerkschaften das schon allgemein getan haben, aber von ihrer Spitzenorganisation — dem ADGB — kann mit Zug und Recht gesagt werden, daß sie auf dem besten Wege dazu ist. Auch die Folgen zeigen sich bereits. Allgemein hört man Klagen über Interessenlosigkeit der Mitglieder am gewerkschaftlichen Leben, hier und da sogar von Austritten usw. Nicht zuletzt sollte auch das Anwachsen der Christlichen und Irish-Dunkerischen Gewerkschaften ein warnendes Memento sein.

Das alles sind Zeugnisse dafür, wie die Hoffnungen und Erwartungen der Arbeiter und Angestellten auf die freien Gewerkschaften enttäuscht wurden. Und bei dieser Gelegenheit muß auch einmal offen gesagt werden, daß die Kommunisten mit ihrer Gewerkschaftspolitik einen großen Teil der Mitschuld an diesen Erscheinungen tragen. Dennoch meinen wir, daß diese Wirkung der Moskauer bei weitem nicht so groß wäre, wenn sie nicht immer wieder neues Wasser auf ihre Mühlen von den verschiedensten Gewerkschaftsleitungen bekämen. — Es wäre unseres Erachtens die beste Erledigung des ganzen Moskauer Spuks, wenn die Gewerkschaften endlich alle Rücksichten auf die Arbeitsgemeinschaften aufgeben würden und wieder zu dem Programm des Klassenkampfes zurückkehrten, das ihnen schon von Marx vorgeschrieben wurde und wozu die ganze wirtschaftliche und politische Entwicklung immer mehr drängt: Wenn Gewerkschaften für den kleinen Krieg zwischen Arbeit und Kapital unentbehrlich sind, so haben sie eine noch größere Bedeutung als organisierte Körperschaft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und der Herrschaft des Kapitals.

## Die preussische Provinzialautonomie

Die Gesetzesvorbereitungen über die sogenannte Provinzialautonomie haben im Staatsministerium namentlich zur Feststellung einer Gesetzesvorlage geführt. Der Entwurf sieht für alle preussischen Provinzen und damit auch für Oberschlesien eine weitgehende Berücksichtigung der Selbstständigkeitswünsche der Provinzen, insbesondere auf dem Gebiete der kulturellen Sonderart, vor. Der Entwurf wird in kürzester Frist zur Veröffentlichung gelangen.

## Keine Ministerkrise in Thüringen

Das Presseamt Thüringen teilt mit: Eine Reihe von Tageszeitungen haben die Meldung eines im Weimar neu eingerichteten Nachrichtenbüros wiedergegeben, der zufolge in Thüringen eine Ministerkrise bestünde und der Minister des Innern, Herrmann, sich wegen angeblicher Unstimmigkeiten im Thüringer Staatsministerium mit Austrittsabsichten tragen soll. An dieser Nachricht ist kein wahres Wort. Bei den Urhebern der Meldung dürfte der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein. Im Thür. Staatsministerium hat die gemeinsame Arbeit selten eine so weitgehende Einmütigkeit begleitet, wie gerade in der letzten Zeit. Kleine Meinungsverschiedenheiten kommen in jeder Körperschaft vor. Es ist indes nicht anzunehmen, solche kleine Meinungsverschiedenheiten vorkommenden Falles zu unwarnten Alarmnachrichten aufzubauen.

## Auf dem Wege nach Berlin

Der Garantieauschuss verläßt heute abend Paris. Sein Aufenthalt in Berlin dürfte nach dem „Tempo“ wenigstens 14 Tage dauern.

## Das Bemelman-Abkommen genehmigt

Die Reparationskommission veröffentlicht den Wortlaut der Bemelmanschen Vereinbarungen, deren Text sie gestern gutgeheißen hat.

## Arbeiterdemonstrationen in Wien

Wien, 16. Juni

Die für Freitag angekündigten sozialdemokratischen Demonstrationen sind bei massenhaftem Besuch ohne Zwischenfall verlaufen. Die vielfach zum Ausdruck gekommene erregte Stimmung wurde durch die Redner beschwichtigt, die zur Besonnenheit mahnten und der Arbeiterschaft empfahlen, eine zuwartende Stellung einzunehmen. Sollten die jüngsten zur Sanierung der Wirtschaftskrise angekündigten Maßnahmen seinen Erfolg zeitigen und die versprochenen Auslandskredite nicht kommen, dann müsse auf dem Anschluß an Deutschland bestanden werden. In allen Versammlungen wurden Entschlüsse angenommen, in denen die Regierung aufgefordert wird, der Geldentwertung schleunigst entgegenzutreten.

## Sozialisten und Faschisten

Rom, 17. Juni.

Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, herrscht infolge des Beschlusses der Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten, mit der Regierung zusammen zu arbeiten, in parlamentarischen Kreisen eine gewisse Bewegung. Die Rechte, Nationalisten und Faschisten sowie die Liberalen haben sich gegen eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten entschieden, während die katholische Volkspartei und die Linksparteien, ausgenommen die Anhänger Stollis, einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten günstig gesinnt sind.

## Festsetzung der ungarisch-österreichischen Grenze

Wien, 17. Juni.

Der Völkerbundsrat wird auf seiner nächsten Tagung auf Wunsch der Postkonferenz und der beiden beteiligten Regierungen in ein Schiedsverfahren zum Zwecke der endgültigen Festsetzung der ungarisch-österreichischen Grenze eintreten. Die österreichische Regierung hat sich verpflichtet, den Schiedspruch anzuerkennen, falls der Völkerbundsrat ihn einstimmig wählt.

## Der Prozeß der Sozialrevolutionäre

St. Petersburg, 17. Juni.

Ramsay MacDonald veröffentlicht im „Daily Herald“ einen Protest gegen die Qualereien, unter denen die angeklagten Sozialrevolutionäre und deren Verteidiger vor dem Moskauer Gerichtshof ausgelegt seien.

## Protest russischer Arbeiter

Am 8. Juni leiteten die Arbeiter der Elektrizitätswerke in Charkow den Reigen des Protests gegen die Verhandlung des Moskauer Prozeßes ihrer Arbeit nieder. Der Streik, der einen demonstrativen und politischen Charakter trug, dauerte einige Stunden.

## Dampfer gesunken

Hamburg, 17. Juni.

Der dem brasilianischen Lloyd gehörige Doppelschrauben-Passagier- und Frachtdampfer „Avaré“, der seit etwa acht Tagen im Docks der Vulkanwerft lag, sollte Freitag von vier Schleppdampfern aus dem Dock gebracht werden. Als der Dampfer ins Schwimmen geriet, legte er sich plötzlich nach Backbord über, bekam dann Neigung nach der entgegen-gesetzten Seite und schlug nach Steuerbord um. Die an Bord befindliche brasilianische Mannschaft sowie die Arbeiter der Werft und andere an Bord befindliche Personen suchten herauszukommen und sprangen ins Wasser. Ein Teil der Werftarbeiter wurde durch herabfallende Inventarstücke getroffen und verletzt. Im Innern des Schiffes sind eine Anzahl Leute eingeklemmt, und es ist zu befürchten, daß sie den Tod durch Ertrinken gefunden haben. Bis jetzt wurden nur wenige Leichen gefunden. Es ist aber zu befürchten, daß noch 50 Leichen im Schiffsinnern sind. Elf Arbeiter der Schiffswerft werden vermißt.

Der deutsche Dampfer Bornholm ist bei Domesnäs auf eine russische Mine gefahren und gesunken.

## Deutscher Reichstag

Die Debatte über die Zwangsanleihe wird fortgesetzt. Abgeordneter Höllein (Komm.) hält eine zweistündige Rede. Er bezeichnet die Zwangsanleihe als neuen Versuch, Kapital und Besitz zu schänden. Der Entwurf über die Zwangsanleihe wird an den Ausschuss verwiesen. Das gleiche geschah mit der Schlichtungsordnung, zu der Maljahn (Komm.) spricht. — Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung beantragt Crispian die von der Unabhängigen Fraktion heute eingebrachte Interpellation über Maßnahmen der organisierten Landwirtschaft gegen eine neue Getreidemlage mit der Beratung des Gesetzentwurfes über die Getreidemlage zu verbinden. — Die Regierung erklärt, daß sie zur Beantwortung dieser Interpellation noch nicht genügendes Material besitze. — Darauf vertagt sich das Haus auf Montag.

## Preussischer Landtag

Stellung vom 17. Juni.

Ohne Beiprächung wird in erster, zweiter und dritter Beratung der Antrag der Koalitionsparteien über den Gesetzesentwurf über die nächsten Wahlen zur **Rathenversammlung** und zu den **Apothekerkammern** angenommen. Gleichfalls ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf betreffend **Erhöhung des Grundkapitals und Reueffektung des Geschäftsjahres der Preuss. Staatsbank** dem Hauptausschuß überwiesen. Darauf tritt das Haus in die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern ein. **Herrmann (Dem.)**: Die wirtschaftliche Not der Gemeinden ist viel zu bedeutend und zu bedrohlich, als daß diese Angelegenheit im Staatsministerium Gegenstand von Reifortstretigkeiten ist. Wir sind nicht ohne Sorgen über die inneren Zustände der Schutzpolizei. Die Information in der Schutzpolizei hält bis zur Stunde an. Der Grund hierfür liegt in dem Fehlen eines Verorganisationsgesetzes. Soll die Schutzpolizei in der Lage sein, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten, so muß sie, um sich ihrer Nachmittage zu bedienen, technisch gut ausgebildet sein. Wir fordern Beibehaltung der Technischen Hochschule. Wir sind für politische Meinungsfreiheit. Aber die beabsichtigte Demonstration der Arbeiterturner und Sportler in Berlin kann zu schweren Komplikationen führen. Wir erwarten, daß der Berliner Polizeipräsident das nötige veranlaßt. (!) Feldmarschall Hindenburg hat von der maßgebenden Instanz, dem Reichs-

präsidenten, die Erlaubnis zum Besuch der Truppen in Ostpreußen erhalten.

**Herrmann (Soa.)**: Der Klassenkampf ist keine Theorie. Wir predigen ihn nicht als blutige Phrase, sondern wir konstatieren lediglich die Tatsache, daß er da ist. Wir führen ihn mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Leider hat uns die Demokratie nicht das gebracht, was wir von ihr erhofften. Unter Umständen, wie beim Kapp-Putsch, müssen wir auch an die Waffen appellieren. Die Beamtenschaft hat sich leider nicht ungeteilt. Das ist das größte Hindernis. Wir erheben die selbstverständliche Forderung, daß wir als Sozialisten Anspruch darauf haben, in alle Verwaltungs-körperschaften einzudringen. Der alte Korps-Geist und das Elitenwesen aber herrscht allmächtig. Darüber gehen zwar die Meinungen innerhalb der Koalitionsparteien auseinander. Im Landtage hört man solche Reden, im Lande aber legt man sich von seiten der übrigen Koalitionsparteien keine Zurückhaltung auf. Wenn solche Sprache uns gegenüber hier geführt würde, wäre das das Ende der Koalition.

**Herrmann (Soa.)** wendet sich gegen die Benachteiligung der katholischen Beamten. Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten stellen zusammengenommen nur einen ganz geringen Prozentsatz der höheren Beamtenschaft in den Ministerien dar. Es sind im ganzen 6 Prozent. Dagegen ist die Volkspartei nicht so benachteiligt. (Hört, hört!) Redner polemisiert in sehr wirksamer Weise gegen die Deutschnationalen.

**Herrmann (Dnk.)**: Wir haben das Recht, der Regierung entgegenzutreten. Die Vorwürfe aus gegenüber von seiten des Ministers sind völlig ungedeutet.

**Herrmann (Volksp.)** versucht seine Rede auf der Tagetrasse in Breslau einzuschränken, mußte aber zugeben, daß er die Revolutionsmänner als Schweinehunde bezeichnet hätte. Das führte zu hitzigen Zwischenrufen. Redner berief sich dabei auf Roske, der in seinem Buch „Von Kiel bis Kapp“ die Revolution als das größte Unglück für Deutschland bezeichnet habe.

**Minister des Innern Seegering**: Solange die Kriegspolizei noch nicht abgebaut ist, solange noch Putsch von rechts und links zu fürchten sind, können wir auf die geschlossenen Formationen der Polizei nicht verzichten. Die Schupo soll Mittel zum Zweck sein, Ruhe und Ordnung zu garantieren. Die militärischen Übungen, die seinerzeit in feldmariätmäßiger Aufmachung an der Tagesordnung waren, sind in Fortfall gekommen. Eine Erörterung der Frage, ob die Technische Hochschule noch umgebaut werden muß, ist so lange ungewiss, als der in Kürze tagende Leipziger Gewerkschaftskongress sich mit der Frage beschäftigt wird, ob bei Streiks in lebenswichtigen Betrieben der Betrieb von den Streikenden aufrecht erhalten werden soll. — Ich werde in den nächsten Tagen eine Anweisung erlassen, die für Schupobeamte das Verbot ausspricht, sich im Verband nationalgefühler Soldaten zu organisieren. Aus einer von diesem Verband erlassenen Proklamation geht hervor, daß er zu gelegener Zeit die Verfassung stützen wolle. — Die Internierung längerer Ausländer ist infolgedessen schon nicht angebracht, als eine solche Maßnahme dem Staate ungeheure Kosten auferlegt.

## Herrmann-Rönnigsberg (USP.):

Es wäre falsch, vor der Gefahr, die von rechts droht, die Augen zu verschließen. Diese Mahnung richtet sich vor allem an die SPD, die in der Harmoniefeier der Koalition die Gefahren der Reaktion überließ. Vor allem ist es gefährlich, in den Demokraten Bundesgenossen zum Schutze der Republik zu sehen. Die Demokraten waren während des Krieges mit die lautesten Durcheinanderer. — Die Sozialdemokraten dürfen nicht vergessen, daß Leute wie der Herrmann, die Koalitionsgenossen sind. Wie der Minister als Gewerkschaftler vom Ausban der Techn. Hochschule sprechen kann, ist mir unerfindlich. Die Techn. Hochschule war niemals notwendig und ist heute so überflüssig wie nur irgend etwas. Wenn man den guten Willen gehabt hätte, wäre man längst zu einer Vereinbarung mit den Gewerkschaften gekommen.

Wie lange wollen wir noch auf die langersehnte Landgemeinde- und Städteordnung warten? — Wenn im demokratischen Sinne noch keine Fortschritte gemacht wurden, so ist die Tatsache daran schuld, daß alle Verwaltungsorganisationen voll monarchistischer Leute sind.

Die Behauptung des Ministers, daß die gegenrevolutionären Organisationen aufgelöst seien, entspricht nicht den Tatsachen. Diese haben sich nur umgeformt und die Namen geändert. Wir vermischen hier das entscheidende Zusagen der Regierung. Viel zu milde wird auch gegen den agrarischen Wucher eingeschritten.

Hindenburg soll als angeblicher Befreier Ostpreußens das Bedürfnis gehabt haben, seine Heimat wiederzusehen. Wie sieht es mit dieser Befreiung aus. Die Russen kamen im August 1914 ohne einen deutschen Soldaten zu sehen, bis kurz vor die Tore Königsberg. Damals brauchte man Stimmungsmaße. Man erforderte das Märchen von den Russengrenzen. Da kam Hindenburg. Seine Befreiung Ostpreußens ist dem Umstande zu danken, daß die russischen Heerführer gegeneinander arbeiteten. Jetzt haben die Deutschnationalen diesen schwachkönnigen Greis, der nichts von Politik versteht, zu ihrem Patron gemacht, um mit ihm politische Geschäfte zu machen.

Angeblieh ist Hindenburg mit unbeschreiblicher Begünstigung empfangen worden. Das ist unwar. In Marienburg, wo man Offiziere, Staats- und Reichsbeamte sich bis von Danzig hergeholt hatte, war die Beteiligung der Bevölkerung nur recht gering. Die Arbeiterklasse stellte eine Gegen-demonstration von mindestens 2000 Teilnehmern gegenüber. — In Elbing ließ sich beim besten Willen keine begeisterte Stimmung erzeugen. Der Besitzer der Schichtwerft mußte sich darauf beschränken, den Feldmarschall unbeachtet von der Arbeiterschaft durch den Betrieb zu führen. Tilly hatte überhaupt dankend abgelehnt, ihn zu empfangen. Nur die Fischfrauen in Pillkallen hatten sich für ihn begeistert. Nach Königsberg hatte man alles, was an rechtsgerichteten Organisationen vorhanden ist, hindrigiert, die Arbeiter-, Handwerker-, Sportvereine usw., die in Ostpreußen vorhanden waren. Die Beteiligung mag vielleicht 30 000 Menschen betragen haben. Besonders auffällig ist die Haltung des Landeshauptmanns v. Brünick, der im Garten des Landeshauptes den verbotenen Fackelzug der Studenten duldet. Was wird mit ihnen geschehen? Was wird aus General Dassel werden, der verantwortlich ist für das Blutbad, das die wildgewordene Soldateska in Königsberg anrichtete?

Redner legt auf den Tisch des Hauses einen Wandungs-schoner nieder, der zeigt, daß die Soldaten, um Luerkschläger zu erzeugen,

durch den Deckel derselben geschossen haben und fährt fort: Die Arbeiterschaft weiß, daß sie sich, wenn es die Republik zu schützen gilt, auf ihre eigene Kraft verlassen muß. Wären die Herren rechts immerhin den Anarchist wagen: Die Arbeiterschaft wird sie zerschmettern. Aber über die Reaktionsäre, die Deutschnationalen, über Hindenburg kommt der Fluch des Hines, das jetzt in Ostpreußen verflohen wurde. (Lebhafter Beifall links.)

**Herrmann (Dem.)** polemisiert gegen die Deutschnationalen und fordert den Minister auf, bei Befreiung der Beamtensposten das reaktionäre Element auszumalmen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Montag, den 19. Juni, 11 Uhr.

## Verdoppelung des Brotpreises

Der Arbeiterschaft steht eine weitere starke Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bevor. Den Agrariern wird nämlich eine neue gewaltige Erhöhung der Getreidepreise zugesprochen. Hat doch der Reichstag am Freitag in später Abendstunde dem Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 zugestimmt, die Umlage wiederum nur auf 2 1/2 Millionen Tonnen bemessen und gleichzeitig auch seine Zustimmung dazu gegeben, daß die Umlagepreise ganz wesentlich erhöht werden. In den bisherigen Gewinnen, die die Agrarier erzielten und die sich in der ungeheuren Steigerung der Güter- und Frachtpreise und dem Wohlleben auf dem Lande ausdrücken, soll noch ein angemessener Unternehmergewinn und eine gewisse Sicherheit gegen eine künftige Steigerung der Erzeugnisse kommen. Von einer einheitlichen Regelung des Preises für das ganze Jahr wurde Abstand genommen. Vielmehr soll für die zweite Hälfte der Umlage eine nochmalige Prüfung der Preise eintreten.

Was den konsumierenden Massen in Aussicht steht, darüber ließ sich Staatssekretär Henrich vom Reichsernährungsministerium in einer Pressebesprechung am gestrigen Tage etwas näher aus. Sagte er doch, daß mit Sicherheit mit einer annähernden Verdoppelung des Brotpreises zu rechnen wäre. Das heißt natürlich nur für das Brot aus der ersten Hälfte der Umlage. Wie hoch der Preis aus der zweiten Hälfte sein wird, steht vorläufig noch nicht fest. Bedenkt man aber, daß vom 19. Februar 1922 bis zum Mai der Brotpreis von sieben Mark auf über 16 Mark gestiegen ist, so kann man etwas ermessen, welche Steigerung im nächsten Erntejahre von der ersten Umlagehälfte bis zur zweiten eintreten wird. Es wird — das ist mit Sicherheit vorauszusehen — nicht bei einer Verdoppelung des Brotpreises bleiben, sondern wir werden schließlich zu einer Verdreifachung oder einer noch größeren Steigerung kommen.

## Der „Vorwärts“ gegen Kautsky

Einen köstlichen Reinsfall haben wir dem „Vorwärts“ bereitet, der bei der Auseinandersetzung zwischen Kautsky und uns den lachenden Triton mimen möchte und Kautsky blindlings gegen uns vereidigt. In unserer letzten Antwort an Kautsky haben wir uns nämlich das hochbarte Vergnügen geleistet, Kautsky mit Kautsky zu widerlegen. Alle allgemeinen Argumente unserer Antwort sind wörtlich entnommen aus Kautskys Vorrede zum kommunistischen Manifest, der Vorrede zur zweiten Ausgabe seines „Weg zur Macht“ und dem ersten Kapitel dieser Broschüre. Kautsky selber dürfte seine eigenen Geistesprodukte wohl wiedererkennen haben, der „Vorwärts“ aber ist, wie wir erwartet haben, auf das Verliererpiel reingefallen. Vom hohen Rothorn herab fällt er über unsere aus Kautsky geschöpfte Antwort das vernichtende Urteil, sie bestehe aus „sehr oberflächlichen Bemerkungen“. Armer Kautsky! Besonders anhängig ist dem „Vorwärts“ der Passus unserer Antwort, daß das Proletariat neben seiner revolutionären noch eine „konservative“ Aufgabe zu erfüllen hätte, die Sicherung der Demokratie. Auf Seite 1415 der Vorrede zum kommunistischen Manifest von Kautsky kann der „Vorwärts“ dies offenbar über seinen Parteilhorizont gehende Argument nachlesen.

Im übrigen fällt der „Vorwärts“ durch Weglassungen den Sinn unserer Darlegungen über den Charakter des Zentralismus und der Demokratie. Wir sprachen von den „machgebenden Schichten“ dieser Parteien, die wir als „politische“ Repräsentanten der katholischen und jüdisch-liberalen „kapitalistischen“ Kreise bezeichneten. Die hier gesperrt gedruckten Worte unterschlägt der „Vorwärts“ und fälscht damit den Sinn unserer Worte.

## 15 Milliarden wöchentliches Kostgeld!

Die ausländischen Verteidiger im Prozeß der S. R. in Moskau, unsere Genossen Diebnecht und Rosenfeld, sowie der belgische Genosse Vandervelde sind in einem Landhause in der Nähe Moskaus eingewickelt. Als Uebersetzer befinden sich in ihrer Begleitung der belgische Genosse Banters und der lettische Genosse Reizendahl, die auch mit ihnen zusammen untergebracht sind. Den Weg zwischen Wohnung und Gerichtstafel legen die Verteidiger und die Uebersetzer in halbständiger Autofahrt zurück, auf Schritt und Tritt begleitet von Agenten der Tscheka. Die Verpflegung ist gut, sogar zu gut; vergebens haben die Verteidiger ersucht, sie einzuschränken. Für die erste Woche wurde den Verteidigern und Uebersetzern für ihren Unterhalt eine Rechnung präsentiert in Höhe von 15 Milliarden Rubel, gleich ca. 750000 Mark! Als sie erklärten, außerstande zu sein, eine so enorme Summe zahlen zu können, wurde erwidert, dann möchten sie so viel zahlen als sie könnten.

Die Reichspräsidentenwahl. Die Koalitionsparteien des Reichstags hielten gestern mit dem Reichskanzler eine Besprechung ab, in der auch die Frage der Reichspräsidentenwahl zur Sprache kam. Die Regierungsparteien waren sich einig, daß eine baldige Klärung der Frage wünschenswert sei.

# Scheidemann gegen die Rechtssozialisten

Am Freitag abend hielt Scheidemann vor sozialdemokratischen Arbeitern im Berliner Friedrichshain eine Rede über das Thema: Der Feind steht rechts! Was Scheidemann dort ausführte, bildet eine einzige schwere Anklage gegen die Politik seiner eigenen Partei. So führte Scheidemann über die SPD, die sich heute so sehr als „die einzige Verteidigerin der Republik“ aufspielt, folgendes aus:

Eine antimonarchistische Propaganda, eine positiv republikanische Tätigkeit hat die Sozialdemokratie nie getrieben, weil für uns diese Frage bis zu einem gewissen Zeitpunkt nebensächlich erschien...

Die Unterstellung, daß die Sozialdemokratie die Novemberrevolution gewollt oder vorbereitet hat, ist eine lächerliche, törichte Agitationslüge unserer Gegner.

Wenn Worte einen Sinn haben, so kann dieses Zeugnis Scheidemanns über seine Partei nur so gedeutet werden, daß die Rechtssozialisten Republikaner und Revolutionäre wider Willen sind, woran wir gerade in letzter Zeit immer öftiger zweifeln, wenn wir zu „positiver republikanischer Tätigkeit“ aufforderten. Scheidemann hat damit ungewollt ein für die Rechtssozialisten sehr heißes Thema angechnitten, weil gerade auf diesem Gebiete die hauptsächlichsten Differenzpunkte zwischen unserer Partei und der SPD liegen. Wer eine „antimonarchistische und positiv republikanische Propaganda“ ablehnet und sie auch tatsächlich nicht betreibt, der gibt damit überhaupt den Sozialismus preis. Oder nicht?

Freilich, was Scheidemann hinterher ausführte, war eine einzigartige Aufforderung zur Verteidigung der Republik. Aber Scheidemann bemerkte ausdrücklich, daß er „nicht etwa im Auftrag einer Parteifinanz spreche“, sondern für seine „Ausführungen die Verantwortung ganz allein trage...“ Nach Zeitungsmitteilungen lagte Scheidemann folgendes:

„Der Feind der Republik und der Demokratie steht rechts, das ist nichts neues. Denn schon im Jahre 1919 habe ich diese Parole in die Arbeitermassen hineingeschrien. Trotz aller Angriffe von links sehe ich in den links Stehenden auch heute noch lediglich die Klassen-genossen, die nur in falsche Bahnen geraten sind. Der Feind, der der Republik ans Leben will, steht dort, wo es früher immer geblieben hat: Der innere Feind, das ist die Sozialdemokratie.“ Wir wollen ein Land der Freiheit, der Gleichheit, der Demokratie, die für uns das Notwendige ist, um zum Sozialismus kommen zu können. Das demokratische Deutschland, das wir verlangen, hätte uns vor dem Krieg und vor allem Unglück bewahren können.“

Aber trotzdem nicht antimonarchistisch und nicht positiv-republikanisch! Erklärt mir Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur...

Scheidemann ging dann auf die Regierungsbildung unter dem Prinzen Max von Baden ein und fuhr fort:

Hätten wir die Revolution gewollt und vorbereitet und die Reaktion würde dann noch ihr Haupt so hoch erheben, wie sie es heute tut, dann wären wir jämmerliche Stämper gewesen. (Was doch nur heißen kann, die Reaktion erhebt deshalb wieder ihr Haupt so hoch, weil die Rechtssozialisten gegen die revolutionären Arbeiter waren, D. Red. d. „Freiheit“.)

Leider ist die Reaktion, die uns ins Elend geführt hat und die jetzt wieder Millionen von Anhängern zählt, in ihrem Treiben viel rühriger, als die Republik in ihrer Abwehr. (Stürmisches Sehr richtig!)

Zum Teil ist die Republik selbst schuld an der Stärke der Reaktion.

Die kleinste Konzession an die Rechte ist immer ein großer Fehler, den die Republik begeht. Wenn wir von der Reaktion und über ihre Frechheit sprechen, dann müssen wir daran unbedingt die Frage knüpfen, was denn die Republik, was denn die Sozialdemokratie gegen die Reaktion getan hat!

Unsere Partei ist halt in der Offensive, was eine Selbstverständlichkeit sein müßte, leider viel zu sehr in der Defensive.

Wir versammeln uns nach besonders schändlichen Vorwürfen, nehmen Resolutionen an und arbeiten dann unerschrocken mit wahren Bienenfleiß weiter an neuen Steuern, um das Versailles Diktat zu erfüllen. Das ist gewiß notwendig, aber es darf schließlich nicht alles sein, was wir tun. Wenn unsere berechtigten und zum Teil geradezu brennenden Forderungen in den Koalitionskabinetten gar nicht oder nicht schnell genug durchzusetzen sind, dann müssen wir den Koalitionsparteien, so wie es die Entente gegenüber unseren Koalitionsregierungen tut, Ultimata stellen: Entweder wird bis zu dem bestimmten Termin unsere Forderung erfüllt, oder aber wir reden lieber als Abgeordnete mit euch, denn als Minister, wenn ihr eure Steuer- und Reparationsprobleme wälzt.

In der Regierung wirken, kann gewiß zur Pflicht werden und große Vorteile bieten. Außerhalb der Regierung zu wirken, kann unter Umständen zur dringenden Pflicht werden und auch besser sein im Interesse des Landes.

Ran fragt oft, warum ich von Berlin weggegangen bin. Ich habe diesen Entschluß im Jahre 1919 gefaßt, als der Herr Reinhardt, der die Regierung Bauer-Roske als „Lumpensindel“ bezeichnet hatte, gegen meine dringenden Bitten gehalten wurde. (Weßhaftes hört, hört. Jurist: „Kost!“) Andere Meinungsverschiedenheiten kamen dazu und ich ging, nicht um mir eine sogenannte „Lebensstellung“ zu schaffen, sondern um im Parteinteresse auch die Enttarnung eines geringen Konflikt zu vermeiden. War die verweigerte Entlassung Reinhardts ein kleiner politischer Schieber, so ist die Ernennung des Kapitenkommandeurs v. Löwenfeld zum Befehlshaber eines unserer Kreuzer allerdings unerträglich. (Stürmisches Sehr richtig!) Und als einen Schlag ins Gesicht der Arbeiterschaft habe ich es empfunden, als ein Stimmendampfer mit dem Namen „Carl Legien“ vom Stapel lief. Der Herr Stinnes, der zwei seiner Dampfer empfindlicher Weise „Sündenburg“ und „Ludendorff“ getauft hat, glaubt mit seinen Millionen alles erreichen zu können.

Aber wir hätten uns diese Beschimpfung Carl Legiens nicht gefallen lassen dürfen.

Die Reichswehr, die die Republik schützen soll, kommandiert von monarchistischen Offizieren, ist der Fuchs als Wächter im Hühnerhof. Hier muß einmal ein ernstes Wort gesprochen werden, sonst muß ich den Leuten recht geben, die da sagen: Besser gar keine Reichswehr als eine solche. Die Volksbeauftragten haben damals wahrhaftig nicht daran gedacht, sich einen neuen Militarismus aufzupöppeln. Aber die Schwierigkeiten, die damals von links entstanden, erforderten die Schaffung eines Schutzes, und da sich die Arbeiter dazu nicht meldeten, machten es eben die anderen.

Dieser letzte Satz darf nicht unwiderprochen bleiben, weil er der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlägt. Es mag sein, daß die Rechtssozialisten keinen Militarismus ansapfeeln wollten, aber ihre Generale wollten das und die rechtssozialistischen Volksbeauftragten waren, wie Anton Fischer das bezeichnet: „Gefangene der Generale“. Im übrigen mag sich Scheidemann bei seinen Parteigenossen Kuttner und Baumelker erkundigen, was mit den Arbeitern geschah, die sich der damaligen Regierung zur Verfügung stellten... Wo sollte denn die Arbeiterschaft damals das Vertrauen zur Regierung hernehmen, bei der die Forderung Anton Fischers — „endlich raschere und bessere Arbeit in der Regierung zu leisten und jenes, was notwendig und an den Forderungen der Radikalen gut und einwandfrei war, so rasch wie möglich durchzuführen“ — wenig Verständnis fand?

Scheidemann führte dann weiter aus:

Die Verwaltung ist noch genau so reaktionär und bürokratisch wie früher. In der Justiz erleben wir unglaublich milde Urteile gegen Rapp-Deute und Rechtsbeglückende und grausame, zum Teil sogar Bluturteile gegen Arbeiter, namentlich gegen die verfahren bedauernden Kommunisten.

In der Presse wird ein nicht abbrechender Verleumdungsfeldzug gegen alle früheren und jetzigen Mitglieder der Regierung geführt. Diese schamlosen Verleumdungen sind die direkte Vorarbeit für die blutige Arbeit, die dann folgt. So war es beim Anschlag auf Erzberger. Von dem Anschlag auf mich will ich nicht viel reden. Ich habe der Reaktion nie die geringste Konzession gemacht, weil das das Schlimmste und Gefährlichste ist. Keine Konzession. Kampf mit der Hande bis aufs Letzte. (Stürmisches Beifall.)

Diese Rede Scheidemanns hat berechtigtes Aufsehen erregt. Die gesamte Presse nimmt von ihr Notiz. Die demokratischen und Regierungsblätter beschränken sich zunächst auf ihre Wiedergabe. Die Rechtspresse verschweigt sie entweder oder hebt froh weiter, wie das Volkensblatt, die „Deutsche Zeitung“, die unverfroren schreibt: „Das Blut, das etwa in nächster Zeit fließt, fließt durch direkte Schuld derer, die Scheidemann, durch indirekte Schuld aber der Regierungen, die die Aufforderung zum Untervergießen nicht verhinderten.“

## Vandervelde nicht ermordet

Nach einem Bericht des „Peuple“, Zentralorgans der Sozialistischen Partei Belgiens, entspricht die auch von uns gerüchtweise gebrachte Meldung, daß Vandervelde in Moskau ermordet worden sei, nicht den Tatsachen.

## Zähne 15 u. 20 Mk. mit Friedenskautschuk

3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Soeben erschienen! **Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie.** Das grundlegende Werk des wissenschaftlichen Sozialismus, lesbar u. verständlich gemacht durch die gemeinverständliche Ausgabe von Julian Borchardt. Preis kart. 75.—, in Leinen geb. 110.—. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. (vorm. A. Seehof & Co.), Berlin C. 54.

SOEBEN ERSCHIEN! **RUSSISCHE KORRESPONDENZ** SOEBEN ERSCHIEN!

Nr. 4/5

Aus dem Inhalt: N. LENIN: Der XI. Kongreß der Komm. Partei Rußlands / G. TSCHITSCHERIN: Rede in der Eröffnungsansprache der Konferenz in Genoa / Memorandum der Russischen Delegation an die Konferenz in Genoa / G. SINOWJEW: Die Bedeutung des XI. Kongresses der KPR. / N. LENIN: Die äußere und innere Lage / Revolutionen und Beschloß der XI. Kongresses der KPR. / L. TROZKI: Das fünfte und sechste Armee — die Leibgarde / Die rote Armee in den vier Revolutionsjahren / W. SMIRNOW: Die rote Armee und ihre Aufgaben / S. WARIN: Die Lehren des Bürgerkriegs / G. SOKOLNIKOW: Die neue Wirtschaftspolitik / L. TROZKI: An die Verleumder Sowjetrußlands / N. LENIN: Zur Lage L. TROZKI: Georgien / I. WARDIN: Die Menschewiki in der russischen Revolution / J. GURSKI: Die Rechnung Georgiens / L. SOSNOWSKI: Wie die Engländer in Turkestan den Grundstock für Zivilisation, Gerechtigkeit und Demokratie legten / Die „Tätigkeit“ der Sozialrevolutionäre / LYDIA KONOPLEWA: Offener Brief an Viktor Tschernow / M. TOMSKI: Die Aufgaben der Gewerkschaften / FRANZ JUNG: Den Vorhang weg! / MARCEL FOURRIER: Das Petroleum von Baku und die Spekulation auf Rußland

168 Seiten Preis Mk. 45.—

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CANNBLEY, HAMBURG 8**

**Verband sozialistischer Abstinenter Ortsgruppe Berlin**

Montag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Berlin, Breite Str. 8-9, Arbeiterbildungsschule

**Öffentl. Versammlung Jugendkultur und Alkohol!**

Referent Gen. Bruno Gleige.

Genossinnen und Genossen! Jugendgenossen und Jugendfunktionäre! Jugendführer u. Arbeitereltern erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

**Der Vorstand**

---

**Wanderkarten**

für alle Gegenden erhält man in der Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

**Bilanz der Schuh-Produktiv-Genossenschaft 1920**

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung vom 31. Dezember 1921.

Einnahmen:

Kassenbestand	1500.—
Genossenschaftsbeiträge	450.—
Zinsen	469.15
<b>Zusammen</b>	<b>2419.15</b>

Ausgaben:

für Utensilien	716.45
Gerichts- und Anwaltskosten	251.80
Kapitalertragsteuer	8.20
Baukosten	6.20
zurückgebliebene Anteile	484.—
Kassenbestand am 31. 12. 1921	1489.45
<b>Zusammen</b>	<b>2465.10</b>

Am 1. 1. 1921 24 Genossen  
Eingetretene 11 Genossen  
Ausgetretene 6 Genossen  
Am 31. 12. 21 29 Genossen  
Gesamtsumme 31. Dez. 1921 29000.— M.  
Berlin-Friedrichshof, Berliner-Str. 17.

**Der Vorstand**  
Hermann Butte, Carl Gendrich.



# Die Frankfurter Tagung der ZASP.

## Einladung zur internationalen Konferenz Genossen und Genossinnen!

Die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (ZASP.) beruft auf Grund der in den Beschlüssen der Wiener internationalen Konferenz vom Februar 1921 niedergelegten Prinzipien und der auf dieser Konferenz beschlossenen Statuten eine internationale Konferenz ein, die in Karlsbad in der Tschechoslowakei am 16. September 1922 zusammenzutreten wird. Als provisorische Tagesordnung dieser Konferenz schlagen wir vor:

1. Neuaufnahmen in die ZASP. und Mandatsprüfung.
2. Der Weg zur internationalen Kampffähigkeit des Weltproletariats.
3. Die ökonomische Weltlage und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
4. Der Abwehrkampf des Proletariats gegen die Reaktion.
5. Der Militarismus und die Kriegsgefahr.
6. Neuwahl der Exekutive.
7. Verschiedenes.

Indem wir hoffen, daß diese Konferenz für die Hebung der internationalen Kampffähigkeit und internationalen Geschlossenheit des Weltproletariats ebenso bedeutungsvoll werden wird wie die Konferenz in Wien im vorigen Jahre, erwarten wir eine zahlreiche Besichtigung und erlauben, die Namen der Delegierten bis spätestens 31. August 1922 dem Sekretariat der ZASP. Wien V, Rechts Wienzeile 97, bekanntzugeben. Frankfurt a. M., den 15. Juni 1922.

Das Bureau der ZASP.  
(Internationale  
Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.)

## Der Tagungsbericht

Frankfurt a. M., 15. Juni 1922.

Am 15. Juni trat in Frankfurt a. M. das Bureau der ZASP. zu einer Beratung zusammen. Anwesend waren Adler (Österreich), Crispin (Deutschland), Longuet (Frankreich), Wallhead (England), Entschuldigter war Grimm (Schweiz). Mit beratender Stimme nahmen an den Verhandlungen teil die Exekutivmitglieder Germal (Tschechoslowakei), Martow und Schneider (Rußland).

Die Konferenz nahm den Bericht über die Verhandlungen der Reinerkommission in Berlin am 23. Mai 1922 entgegen und stellte einstimmig fest, daß die Delegation der ZASP. an dieser Konferenz durchaus im Sinne und Geiste der Leitsätze der ZASP. gehandelt und alle Energie eingesetzt habe, um das Werk der internationalen Einigung und der Ermöglichung eines Weltkongresses zu fördern, daß aber diese Bemühungen vorläufig an dem Widerstand der zweiten und der dritten Internationale gescheitert seien. Indem das Bureau der ZASP. die Erklärung seiner Delegation in Berlin sich zu eigen macht, nimmt es die von der Delegation gemachte Anregung der sofortigen Einberufung einer internationalen Konferenz auf und beschließt, daß die Konferenz, um auch den Delegierten aus Amerika die Möglichkeit der Teilnahme zu sichern, am 16. September 1922 in Karlsbad in der

Tschechoslowakei zusammentreten soll. Die Exekutive der ZASP. wird sich bereits am 15. September in Karlsbad versammeln. Auf Grund einer eingehenden Besprechung wird sodann einstimmig die in der Einladung zur internationalen Konferenz wiedergegebene provisorische Tagesordnung angenommen.

Das Bureau stellte mit besonderer Genugtuung fest, daß die Arbeit der ZASP. für die Herstellung der internationalen Kampffähigkeit in immer breiteren Kreisen des Weltproletariats Anerkennung findet, was darin zum Ausdruck kommt, daß neben den 12 Ländern, deren Parteien bereits bei der Wiener Konferenz der ZASP. beigetreten sind, sich nun weitere 12 Parteien zum Beitritt angemeldet haben, unter denen als besonders bedeutungsvoll die Socialist Party Americas hervorgehoben ist.

Das Bureau nahm den Bericht des Vertreters der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Rußland, Martow, und der linken Sozialrevolutionäre Rußlands, Schneider, über die Lage der in Sowjetrußland gefangengehaltenen Sozialisten und die Unterdrückung der Freiheit der Meinungsäußerung der der ZASP. angeschlossenen Parteien in Sowjetrußland entgegen und beschloß, der internationalen Konferenz in Karlsbad eine Protestresolution zur Beschlußfassung vorzulegen.

Das Bureau beschäftigte sich sodann mit dem gegenwärtig in Moskau stattfindenden Prozeß gegen die rechten Sozialrevolutionäre und nahm einstimmig folgende Entschloßung an:

„Das Bureau der ZASP. steht auf dem Standpunkt, den das Sekretariat der ZASP. am 17. März 1922 an die Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau gerichtet hat. In diesem Appell wurde bereits festgestellt, daß die ZASP. in keiner Weise für die Politik und die Taktik der rechten Sozialrevolutionäre, die unserer ZASP. nicht angehören, weder im allgemeinen noch in Einzelheiten die Verantwortung übernehmen kann oder gar sie zu billigen in der Lage wäre, daß jedoch alle Voraussetzungen geschaffen werden müssen, die dem internationalen Proletariat die Verurteilung geben, daß in dem Prozeß ein streng gerechtes Gerichtsverfahren, das der Erforschung der Wahrheit dient, durchgeführt wird. Diesen unseren Grundfäden hat der Beschluß der Konferenz der drei Exekutiven in Berlin gedient, aber wir sind in der traurigen Lage, konstatieren zu müssen, daß diese Beschlüsse nicht durchgeführt worden sind. Der Moskauer Prozeß zeigt neuerlich, daß man in Sowjetrußland nicht die bürgerliche Rechtspflege durch die sozialistische ersetzt hat, sondern im Gegenteil, von der bürgerlichen zur barbarischen zurückgeht. Insbesondere stellen wir fest, daß die Berichtserstattung über diesen Prozeß eine durchaus einseitige regierungsoffizielle ist, daß das europäische Proletariat vorläufig über gar keine anderen Quellen verfügt als die von den Kommunisten verbreiteten Nachrichten. Insbesondere muß festgestellt werden, daß auch die Berichte der Telegraphen-Agentur „Intel“, die früher den Versuch machten, objektiv über die Arbeiterbewegung aller Länder zu berichten, nun aber einzig in den Dienst der kommunistischen Propaganda gestellt wurde, derselben Regierungsentstammen, wie die Moskauer Meldungen. Wir stellen weiter fest, daß das selbstverständliche Recht aller Angeklagten, sich ihre Verteidiger zu wählen, das von der Berliner Konferenz ausdrücklich bekräftigt wurde, durch die Praxis der Kommunisten in der schamhaftesten Weise behindert wird. Die russische Regierung, ihre Agenten und ihre Presse, haben gegen die Verteidiger der rechten Sozialrevolutionäre eine systematische Hege entfacht, die sie nicht nur in der Erfüllung ihrer Aufgaben als Verteidiger hemmen muß, sondern ihre persönliche Sicherheit aufs höchste gefährdet. Das Bureau stellt fest, daß die sozialistischen Verteidiger, insbesondere auch die Unabhängigen Sozialdemokraten Dr. Theodor Liebnecht und Dr. Kurt Rosenfeld aus Berlin ihrer persönlichen Freiheit in Moskau beraubt sind, indem unter dem Vorwande des „Schutzes“ gegen ihnen drohende Gefahren“ ihr ganzer Verbleib unter die strengste Kontrolle gestellt wurde, es ihnen nicht einmal gestattet wird, außerhalb des Gerichtssaales mit den russischen Verteidigern zusammenzutreffen und ihnen Hindernisse aller Art be-

reitelt und materielle Opfer von einer Höhe auferlegt werden, die den öffentlichen Zweck verfolgen, ihnen die Weiterführung ihres Verteidigeramtes unmöglich zu machen. Schon heute muß der Versuch, ein Gerichtsverfahren in zivilisierten Formen zu ermöglichen, als gescheitert erklärt werden, und das sozialistische Weltproletariat wird es durchaus begreifen, wenn sich die sozialistischen Verteidiger, die sich in Erfüllung einer Gewissenspflicht nach Moskau begaben, entschließen müssen, auf die weitere Mitwirkung an einem Gerichtsverfahren zu verzichten, das ein allzu durchsichtiger Mantel eines großen Machtkalles an politischen Gegnern ist. Während die Vertreter der kommunistischen Internationale an der Berliner Konferenz erklärten, daß, wie in der Sowjetpresse bereits vor der Konferenz festgestellt wurde, in diesem Prozeß die Verhängung von Todesstrafen ausgeschlossen sein wird,“ erhebt sich in dieser selben Sowjetpresse und in den kommunistischen Versammlungen vor dem Abschluß des Prozesses eine systematische Agitation für die Anwendung der Todesstrafe gegen die angeklagten Sozialrevolutionäre. Nicht nur als prinzipielle Gegner der Todesstrafe lenken wir die Aufmerksamkeit des Weltproletariats auf die Vorgänge in Rußland, sondern vor allem auch auf die Tatsache, daß ein derartiger unerhörter Treubruch, wie es die Verhängung der Todesstrafe in diesem Prozeß seitens der Kommunisten wäre, die Untergrabung aller Verhandlungsmöglichkeiten des internationalen Proletariats auf lange Zeit hinaus bedeuten müßte. Wenn eine so kluge gegebene Zusicherung, wie die der kommunistischen Delegierten in Berlin, in so struppeloser Weise gebrochen würde, wie es die Kommunisten gegenwärtig in Rußland fordern, so schwindet jede Möglichkeit zu Vereinbarungen mit Parteien, die der kommunistischen Internationale angehören.“

## Der Kampf um die sächsische Regierung

### Die sozialistischen Parteien und die Forderungen der Kommunisten

Der sächsische Landtag hat am Donnerstag mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten den Polizeierstat mit dem Regierungsentwurf über die Neuorganisation der staatlichen Polizei abgelehnt.

Der Kampf um die sächsische Regierung, der Sachsen und die sächsische Politik seit Wochen und Monaten in einem krisenhaften Zustand hält, ist der Kampf des gegenrevolutionären Bürgerturns gegen die Arbeiterklasse. Daß dieser Kampf die scharfen Formen annehmen konnte, ist nicht allein der ziffernmäßig schwachen Majorität der Linksparteien im Landtage zuzuschreiben, sondern zu einem großen Teil auch darauf zurückzuführen, daß zwischen den sozialistischen Parteien und der kommunistischen Fraktion taktische Differenzen auftraten und sich im Parlament auswirkten, die dem sächsischen Bürgerturn zuträgen kamen und von ihm nach Kräften ausgenutzt wurden.

Es soll an dieser Stelle nicht wiederholt werden was schon in mehreren Artikeln gesagt worden ist, daß die jetzige Krise nicht zuletzt auf die richtungslose Politik der kommunistischen Fraktion zurückzuführen ist. Es genügt die Tatsache festzustellen.

Ganz unvermutet stellten sie, nachdem sie vorher die Forderung der Wähler und Beutler auf Auflösung des Landtages sowie das Volksbegehren auf Volksentscheid über den Bestand des Parlaments abgelehnt hatten, völlig überflüssige Forderungen, von deren restloser Erfüllung sie die Weiterunterstützung der sozialistischen Regierung abhängig machten. Ueberflüssig deshalb, weil die meisten dieser Forderungen in Sachsen bereits erfüllt waren oder ihre Verwirklichung durch Maßnahmen der Regierung bevorstand. Eine Reihe anderer Forderungen aber mußte notgedrungen zu langwierigen Verhandlungen führen und die Aktionskraft der Arbeiterklasse während dieser Zeit schwächen. Trotz

## Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Wird autorisierte Übersetzung von August Scholz, amerikanisches Copyright 1918 by Haffner & Co., Berlin.

(91. Fortsetzung.)

Ich kenne das Viertel längst in- und auswendig, kenne auch diese prägnanten Chinesenhäuser mit ihren grotesken Dächern. An den Ecken dieser Dächer sitzen mit gekrenzten Beinen gipferne Chinesen — so manches Mal habe ich sie in früheren Jahren mit meinen Kameraden zusammen einem Steinbombardement unterzogen, und manchmal von ihnen habe ich wohl, worauf ich mir übrigens längst nichts mehr einbilde, den Kopf oder eine Hand abgeschlagen.

„Geschmacklose Wuden.“ sagt mein Prinzipal, nach den Wadenreihen zeigend. „Wenn ich das hätte bauen sollen.“

Er pfeift und schiebt seine Mütze in den Nacken. Mir geht der Gedanke durch den Kopf, daß, wenn er diese steinerne Stadt hätte bauen sollen, sie ebenso unansehnlich ausgefallen und an dieselbe tiefgelegene Stelle gekommen wäre, wo alljährlich die Frühjahrsflut der beiden Flüsse sie überschwemmt hätte. Auch die chinesischen Häuser hätte er so hingebaut. Er warf den Stummel seiner Zigarre über Bord, spuckte hinter ihn her und sagte:

„Ach, lieber Pieschkow, das Leben ist doch recht langweilig! Trostlos geradezu! Es gibt keine gebildeten Menschen, man kann mit niemandem reden. Man möchte ein bißchen prahlen — aber vor wem? Es ist niemand da! Nichts als Zimmerleute, Maurer, Bauern, Betrüger.“

Er blickt nach rechts, wo die weiße Moschee sich aus dem Wasser erhebt, und fährt dann, als wenn er sich an vergessene Dinge erinnerte, fort:

„Ich trinke jetzt Bier und rauche Zigarren, lebe auf deutsche Art. Die Deutschen sind ein tüchtiges Volk, mein Lieber, so recht bissige Hühner. Bier trink' ich gern, an die Zigarren aber hab' ich mich noch nicht gewöhnt. Wenn ich mal geraucht habe, brummt meine Frau: „Wonach riechst du denn? Wie ein Sattler!“

Ja, mein Lieber, so quält man sich und sieht zu, wo man bleibt. . . Na, nun rudre 'mal allein. . .“

Er legt das Ruden, mit dem er gesteuert hat, auf den Bootrand, nimmt das Gewehr zur Hand und zielt nach einem der Chinesen auf dem Dache. Der Chineser blieb unverletzt, die Schrotladung ging in das Mauerwerk und wirbelte eine graue Staubwolke auf.

„Vorbeigeschossen!“ sagt der Schütze für sich und läßt das Gewehr von neuem. „Sag mal,“ fährt er, zu mir gewandt, fort, „wie hältst du es eigentlich mit den kleinen Mädchen? Hast du schon mal angebissen? Nein? Ich hätte mit dreizehn Jahren schon meine regelrechte Liebeshaft.“

Er erzählte mir, als ob er einen Traum zum besten gäbe, die Geschichte seiner ersten Liebe — ihr Gegenstand war das Stubenmädchen des Architekten, bei dem er das Bauzeichnen erlernen hatte. Weise plätschert das graue Wasser, das die Häuserdecken bespült, und hinter der Matbedrale schimmert matt die Wasserwüste, aus der hier und da dunkle Weidenäste emporstarren. Ich schaue nach der weiten, schimmernden Fläche und denke im stillen: Wie groß und wüst mag wohl erst das Meer sein! — das blaue Meer, von dem die Bildermaler in der Werkstatt so sinnige Lieder sangen. . .

Der Prinzipal plaudert weiter von seinem ersten Liebesabenteuer:

„In der Nacht konnte ich nicht schlafen, sondern stand auf, schlich an ihre Tür und stand da wie ein kleines Hündchen, zitternd vor Kälte. Auch ihr Herr pflegte sie des Nachts zu besuchen, wie leicht hätte er mich abfassen können, aber ich hatte gar keine Angst. . .“

Er sagte das in so nachdenklichem Tone, als ob er sich einen alten, abgetragenen Rock daraufhin ansähe, ob er ihn noch einmal anziehen könne.

Als sie merkte, daß ich da war, machte sie die Tür auf und rief mich mitleidig herein: „So komm' doch, dummes Kerlchen.“

Ich habe sehr viele solche Bekenntnisse gehört, und ich legte ihnen keinen großen Wert bei, wenn ihnen auch allen ein spießiger Zug gemeinsam war. Von ihrer ersten „Liebe“ sprachen fast alle ohne Prahlerei und ohne zotigen Rebensinn, ja bisweilen sogar zart-

führend und schwärmerisch, daß ich mir sagte: Es muß das schönste Erlebnis seines Lebens gewesen sein, von dem der Mensch da erzählt. Vielleicht war es bei vielen sogar das einzige Schöne, was sie je erlebt hatten.

Vor sich hinschauend und den Kopf schüttelnd, sagte der Prinzipal mit einer Art nativen Erstaunens:

„Seiner Frau darf man so was natürlich nicht erzählen, Gott behüte! Obwohl schließlich nichts weiter dabei ist — aber man tut's eben nicht. . .“

Er sprach das alles mehr zu sich selbst als zu mir, hätte er geschwiegen, so hätte ich reden müssen — in dieser Debe und Stille mußte man sprechen, singen, Harmonika spielen, um mitten in der toten, im kalten grauen Wasser versunkenen Stadt nicht für immer einzuschlafen.

„Die Hauptsache ist, nicht zu früh heiraten!“ belehrte er mich. „Die Ehe, mein Lieber, ist eine Angelegenheit von höchster Bedeutung. Bist du ledig, so kannst du leben, wo und wie du willst. Kannst in Persien leben als Roshammedaner, oder in Moskau als Polzist, oder sonstwo als sonstwas — alles läßt sich wieder gutmachen, wenn's verkehrt angefangen war. Aber 'ne Frau — die ist wie das Wetter, mein Lieber, da ist von Wiedergutmachen nicht die Rede. . . Das ist kein Stiefel, den man auszieht und in die Ehe wirft. . .“

Der Ausdruck seines Gesichtes hatte sich verändert, er blickte stirnrunzelnd auf das Wasser, fuhr mit dem Finger über seine Adlernase und brummte vor sich hin: „Na, Bruder — nur die Augen offen gehalten! Für jeden ist das Fruchtsen gelegt. . . mag er sehen, wie er daran vorbeikommt. . .“

Wir fuhren an das Gebüsch um den Meschischerfließ-See heran, der mit der Wolga zusammengefloßen war. „Rudre ganz leise,“ flüsterte er, das Gewehr in der Richtung nach dem Gebüsch anlegend.

Er schoß ein paar magere Schnepfen und sagte dann: „Jetzt fahren wir nach Runamino! Ich bleibe dort bis zum Abend — zu Hause kannst du sagen, ich hätte noch mit den Lieferanten zu tun. . .“

(Fortsetzung folgt.)

dieses Umstandes erklärten sich die beiden sozialistischen Parteien bereit, mit den Kommunisten über ihre Vorschläge zu verhandeln und etwa bestehende Differenzen auszugleichen.

Erst nach längeren Bemühungen gelang es, einen gemeinsam von allen drei Fraktionen und den Landesvorständen der drei Parteien gefassten Beschluss durchzuführen, der dahin ging, daß eine aus allen drei Fraktionen gebildete Unterkommission den Versuch mache, die kommunistischen Forderungen durchzusprechen. Das geschah in wiederholten Sitzungen. Wenn auch dabei keine völlige Einmütigkeit erzielt wurde, so wurden doch die Differenzen auf ein so geringes Maß herabgeschraubt, daß die Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Kampf gegen die Reaktion hätte zur vollendeten Tatsache werden müssen, wenn überall der ernste und aufrichtige Wille dazu bestanden hätte. Das kann leider von den Kommunisten nicht behauptet werden.

Die Kommunisten hatten sich in der Hauptsache auf vier Hauptfragen beschränkt, von deren Beantwortung sie die weitere Unterstützung der sächsischen Regierung abhängig machen wollten. Diese Forderungen waren:

1. Erlass einer Amnestie für politische und aus Rot begangene Vergehen und Verbrechen und solcher gegen die Paragraphen 48, 218 bis 222 des Strafgesetzbuches.
2. Verbot der Einsetzung der technischen Nothilfe in Sachsen.
3. Schleunige, schon im Etat vorzusehende Entmilitarisierung der Polizei, Aufhebung der Rosernierung, des Exerzierens in geschlossenen Verbänden, Abschaffung der schweren Bewaffnung.
4. Den von den freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen einberufenden Vollversammlungen der Betriebsräte die für proletarische Interessen wichtigen Weise zur Stellungnahme vorzulegen.

Neben diesen Forderungen waren verschiedene weitere Forderungen gestellt, die gleichzeitig mit diesen vier Fragen den Gegenstand der gemeinsamen Beratungen bildeten.

Um den Arbeitern die Möglichkeit eines eigenen Urteils zu geben, lassen wir hier die Antwort der beiden sozialistischen Parteien auf diese Fragen folgen, die in den gemeinsamen Beratungen und nach einer ausführlichen Aussprache mit den Kommunisten und zum Teil unter deren Zustimmung formuliert worden ist.

In der Frage der Amnestie sind alle Meinungsverschiedenheiten restlos beseitigt worden, was in der vorgeschrittenen gemeinsamen Beratung der drei Fraktionen im Beisein der drei Landesvorstände ausdrücklich durch den Kommunisten Böttcher-Verpiza festgesetzt wurde. Diese Frage wäre also im Sinne aller Parteien, auch der Kommunisten entschieden.

Die Frage des Verbotes der technischen Nothilfe in Sachsen konnte nicht mit Ja beantwortet werden, weil auch die Kommunisten zugeben mußten, daß für Sachsen nicht die Möglichkeit besteht, eine Einrichtung des Reiches aufzuheben. Von der Regierung wurde aber die Zusicherung gegeben, daß die Einsetzung der Technischen Nothilfe niemals erfolgen werde, um den im Kampf stehenden Arbeitern in den Rücken zu fallen, und solange die Gewerkschaften dafür Sorge tragen, daß die Nothstandsarbeiten durchgeführt werden. Dieser Standpunkt deckt sich durchaus mit der Auffassung, die — den Bestand der Technischen Nothilfe vorausgesetzt — von den Gewerkschaften bisher vertreten worden ist. Die beiden sozialistischen Parteien erklärten sich mit dieser von der Regierung zu gestandenen Regelung einverstanden, die Kommunisten waren dagegen.

Die Frage nach der Umänderung des Polizeiwesens wurde ebenfalls insoweit geklärt, daß grundsätzliche Differenzen überhaupt nicht mehr bestanden, um so mehr, da auch die Kommunisten zugeben mußten, daß auf dem Gebiete der Entmilitarisierung und Entwaffnung das getan worden ist, was überhaupt möglich war. Eine bei den Verhandlungen weiter gestellte Bedingung, daß die Polizei kommunalisiert werden müsse, wurde von den Kommunisten selber aufgegeben. Ihr Vertreter erklärte ausdrücklich, daß sei für sie keine Prinzipienfrage und sie würden mit sich reden lassen, wenn die anderen Bedingungen erfüllt würden. Da die Erfüllung dieser anderen Bedingungen zugestanden werden mußte, waren also auch hier die Meinungsverschiedenheiten behoben.

Die vierte Forderung, Gesetzesvorlagen vor ihrer Einbringung einer von den Betriebsrätezentralen einberufenden Vollversammlung der Betriebsräte vorzulegen, ist von den beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt worden. Und zwar aus folgenden Gründen: Die Betriebsräte haben bestimmte, ihnen durch Gesetz zugewiesene Aufgaben in den Betrieben und in der Produktion zu erfüllen. Wenn sie diese Aufgaben gewissenhaft und im Interesse der Arbeiter lösen wollen, ist eine umfassende Schulung und Durchbildung der Betriebsräte für diese spezielle Aufgabe eine Vorbedingung. Jede Ablenkung und Zersplitterung würde die Tätigkeit der Betriebsräte unnötig belasten. Eine derartige Zersplitterung würde aber eintreten, wenn man die Betriebsräte auf ein völlig anderes Gebiet, wie das der Gesetzgebung drängte, für die sie gar keine Erfahrung mitbringen. Trotz dieser ablehnenden Haltung waren aber die beiden sozialistischen Parteien mit dem Grundgedanken des kommunistischen Vorschlags einverstanden, daß das Interesse der Arbeiter an der Gesetzgebung gefördert und die tatsächliche Mitwirkung gesichert werden müsse. Die Vorarbeiten dazu waren schon, ehe die Kommunisten ihre Vorschläge unterbreiteten, von den sozialistischen Parteien und von der Regierung eingeleitet. In gemeinsamen Besprechungen von Vertretern der drei Fraktionen und unter Mitwirkung der Gewerkschaftsvorstände waren die Richtlinien für ein Arbeitnehmerengesetz für Sachsen ausgestellt worden. Diese Arbeitnehmerkammern sollten aufgebaut werden auf die durch das Betriebsrätegesetz bezeichneten Wirtschaftskammern. Das bedeutet praktisch, daß die Betriebsräte auf die Zusammenlegung der Kammer den entscheidenden Einfluß ausüben. Damit wäre der Tendenz der kommunistischen Forderung völlig Rechnung getragen. Da die Kommunisten sich in den gemeinsamen Besprechungen mit einem derartigen Gesetz einverstanden erklärten, war ihre neue Forderung völlig unbearbeitet.

Damit sind die vier Hauptforderungen der kommunistischen Partei klar und beantwortet, und zwar so, daß aller Grund für weitere Differenzen weggefallen wäre. Aber durch die Kommunisten wurde eine neue Schwierigkeit geschaffen. Obwohl früher vereinbart worden war, daß die Vorschläge der Unterkommission noch einmal den drei Fraktionen und Landesvorständen zur letzten Entscheidung und zur Ausdeutung etwa noch bestehender Differenzen vorzulegen werden sollten, erklärten die Kommunisten in der letzten Sitzung vor Pfingsten, am 29. Mai, sie hielten diese letzte Entscheidung durch einen Betriebsrätekongress getroffen werden. Das bedeutete einen glatten Bruch der früheren Vereinbarungen. Die kommunistische Presse hat denn auch zu den vier Forderungen noch die fünfte Forderung nach der Einberufung eines sächsischen Betriebsrätekongresses als Voraussetzung für die weitere Unterstützung der Regierung erhoben.

Das ist aber nicht die einzige Unehrlichkeit, deren sich die Kommunisten schuldig gemacht haben. Um den Arbeitern zu zeigen, wie ernst es den Kommunisten mit der Verständigung ist, oder richtiger, wie sie es immer wieder verstanden haben, die Einigung zu verhindern und dabei die Arbeiter über die Tatsachen zu täuschen, stellen wir folgendes fest: Am 29. Mai hatten die Kommunisten die gemeinsamen Beratungen der drei Fraktionen und Landesvorstände abgelehnt. Am 8. Juni tagte in Chemnitz eine Konferenz der kommunistischen Berliner Zentrale, des Landesvorstandes und der Fraktion. Das Ergebnis wurde den Arbeitern bekanntgegeben in Form eines langen Aufrufes, der ultimativ die Einberufung eines sächsischen Betriebsrätekongresses zur Entscheidung über die vier Forderungen verlangte. Der Aufruf ist unterschrieben: Die Arbeiterschaft Sachsens „muss“ entscheiden. Das war also abermals eine Ablehnung der gemeinsamen Tagung der drei Parteien. Am gleichen Tage aber, als diese Kundgebung für die Öffentlichkeit beschlossen wurde, ging an die beiden sozialistischen Parteien folgendes Schreiben ab:

„Werte Genossen! In der gemeinsamen Sitzung der drei Parteien im sächsischen Landtag wurde beschlossen, nach dem Abschluß der interparteilichen Kommissionsitzungen wiederum eine gemeinsame Sitzung der drei Parteien zu veranstalten. Diese Sitzung sollte nach den Vereinbarungen über die Kommissionsarbeit entscheiden. Wir schlagen vor, diese Sitzung

am Dienstag, den 13. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Gebäude des sächsischen Landtags stattfinden zu lassen.

Mit kommunistischem Gruß

Der Landesvorstand der SPD.  
gez. Paul Böttcher.“

Also: Den sozialistischen Parteien gegenüber erklärten sich die Kommunisten bereit, die Entscheidung in gemeinsamen Beratungen der Parteien zu treffen, während sie vor der Öffentlichkeit ihre unhaltbare Forderung nach dem Betriebsrätekongress aufrechterhielten. Das ist, wenn nicht eine beabsichtigte Täuschung der Arbeiter, so doch ein Verhalten, das eine starke Verwirrung anrichten muß und alles andere eher bewirkt, als eine Verständigung der Arbeiter untereinander und eine Förderung der Einheitsfront des Proletariats. Aber immerhin: die beiden sozialistischen Parteien mühten annehmen, daß das Anerkennen des kommunistischen Landesvorstandes ehrlich gemeint war. Sie erklärten sich bereit, die Sitzung, die umständehalber nicht am Dienstag stattfinden konnte, für Mittwoch einzuberufen.

Die Hoffnung, daß es zu einer sachlichen Verständigung kommen würde, hat sich leider nicht erfüllt. Die Kommunisten zeigten nicht einmal die Bereitschaft, auf eine Erörterung und Abtimmung über die einzelnen noch schwebenden Differenzpunkte einzugehen. Nach einem sachlichen Bericht über die Kommissionsverhandlungen unter Hervorhebung der noch fröhlichen, größtenteils unwesentlichen Punkte nahm der Landesvorstand der kommunistischen Partei, Paul Böttcher, das Wort zu einer politischen Agitationsrede, in der er es geschickt vermied, auf die konkreten Tatsachen einzugehen. Er warf der Regierung vor, daß sie nichts getan habe, um die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Wenn es so wäre, hätten ja die Kommunisten seit dem Bestehen des Landtages eine arbeiterfeindliche Politik unterstellt, was sie wohl nicht behaupten wollen. Böttcher war denn auch so klug, sich eine Begründung seiner Behauptung zu ersparen. Er gab vielmehr die Erklärung ab, daß mit der Ablehnung eines Betriebsrätekongresses, auf dem seine Partei nach wie vor bestehen müsse, für seine Freunde keine Veranlassung mehr vorliege, die sächsische Regierung weiter zu unterstützen, sie würden den Polizeietat ablehnen.

Damit ist die Situation und die Haltung der Kommunisten geklärt. Die Kommunisten wollen nicht eine gegenseitige Verständigung, sondern die rechtliche Anerkennung der von ihnen selbst preisgegebenen Forderungen. Die Erklärung Böttchers, die ausdrücklich im Namen der gesamten kommunistischen Partei und der Landtagsfraktion abgegeben wurde, kommt einem Ultimatum gleich, das nach der bestimmten Erklärung der beiden sozialistischen Fraktionen nichts anderes bedeuten kann, als den Abbruch der gemeinsamen Verhandlungen. Die Kommunisten erklären zwar durch Jurof, nachdem sie eingesehen hatten, welche Wirkung ihre ganz unverständliche Haltung auf die Arbeiter haben müsse, daß sie „grundsätzlich nicht abgeneigt“ seien, über die einzelnen Fragen „eventuell“ weiter zu verhandeln. Aber dieses Lippenbekenntnis bedeutet gar nichts, solange die Kommunisten praktisch jede Möglichkeit einer Verständigung durch ihre ultimativen Erklärungen hintertreiben.

Die Verhandlungen müssen also vorläufig als unterbrochen, wenn nicht als gescheitert betrachtet werden. Die Verantwortung dafür und für die Folgen, die für die Arbeiterklasse daraus entstehen können, haben die Kommunisten zu tragen. Es bleibt abzuwarten, ob sie auf ihrem extremen Standpunkt beharren oder endlich einsehen werden, daß auf diesem Wege die auch von ihnen propagierte Einheitsfront nicht hergestellt werden kann. Wie dem aber auch sei: die sozialistischen Parteien sind jederzeit bereit, im Interesse des Proletariats zu einer weiteren Verständigung die Hand zu bieten. Sie werden sich auch trotz aller Manipulationen der Kommunisten nicht davon abhalten lassen, die Interessen der sächsischen Arbeiterschaft in energischer Weise zu schützen und zu fördern. Es wird abzuwarten bleiben, ob die Kommunisten sich dem anschließen werden oder ob sie — zum Gaudium der Gegenrevolutionäre — gemeinsam mit den Ventiler, Bläher und Genossen die sozialistische Regierung und die sozialistische Landtagsmehrheit zerbrechen und dadurch die Interessen des Proletariats aufs äußerste gefährden wollen.

# Billig und gut

**Kinder-Schnürstiefel** 58<sup>00</sup>  
schwarz echt Chevreau, sehr bequeme und sehr rationelle Form. Aussergewöhnlich preiswert. Grösse 18-22

**Kinder-Turnschuhe** 75<sup>00</sup>  
gras und schwarz Segeltuch, mit prima Chromledersohlen. Besonders praktisch u. preiswert. Grösse 31-35 85,00, Grösse 27-30

**Kinder-Halbschuhe** 98<sup>00</sup>  
la weiss Leinen, 2 Schnüren Derbyform, bequeme Form, erstkl. Verarbeitung. Grösse 31-35 149,00, 27-30 129,00, 25-29

**Kinder-Schnürstiefel** 118<sup>00</sup>  
la weiss Leinen, mit Derbysohle, naturgemäß breite Form, extra starke Ledersohle, erstkl. Verarbeitung. Gr. 31-35 138,00, 27-30

**Segeltuch-Schnürschuhe** 72<sup>00</sup>  
mit angelegener Gummisohle, für Sport u. andere Zwecke geeignet, in Braun, Schwarz, Grau u. Weiss. Selbst. Gelegentlich, sportbillig. Gr. 44-47 138,00, 36-43 118,00, 29-35 88,00, 20-28

**Damen-Halbschuhe** 390<sup>00</sup>  
braun echt Boxkalf, Pumps, kurze moderne Form, m. kleiner Ledersohle, eleganter Absatz. Sowell Vorrat

**Damen-Halbschuhe** 475<sup>00</sup>  
braun echt Chevreau, mit Lasche und Riemen, sowie zwei Knöpfen, extra leicht, elegante Verarbeitung.....

**Rindleder-Sandalen** 98<sup>00</sup>  
genarbt, durchgeh., starke Leders., u. Abs., Fl., vorz. Qual., bill. Gr. 43-46 245,00, 39-40 225,00, 36-38 198,00, 34-35 175,00, 31-33 159,00, 29-30 139,00, 27-28 125,00, 25-26 109,00, 23-24

**Herrn-Schnürstiefel** 390<sup>00</sup>  
prima Rindbox, mit Bonatz und Derbyschnitt, sehr elegante moderne Form. Aussergewöhnlich billig

**Herrn-Halbschuhe** 590<sup>00</sup>  
braun echt Boxkalf, elegante, bequeme Form, mit Derbyschnitt, Original Goodyear-Weiß. Ausserordentlich preiswert

**Damen-Leinenschuhe** 72<sup>00</sup>  
weiss, mit Spange, starke Strassenbesohlung, Lederabsatz, kurze moderne Form. Aussergewöhnlich billig

**Damen-Halbschuhe** 168<sup>00</sup>  
Lasting, Zug- und Reithrücken, mit Ledervorderkappe, starken Ledersohlen und Absatz. Ausserordentlich preiswert

**Damen-Leinenschuhe** 189<sup>00</sup>  
mit Spange, in den elegantesten und modernsten Formen sowie Absatz. Aussergewöhnlich billig

**Damen-Leinenschuhe** 198<sup>00</sup>  
prima weiss Leinen, zum Schnüren, auch mit Spange, die elegantesten und modernsten Formen und Absatz

# Stiller

# Groß-Berlin

## Helden

Man hört heute so häufig klagen, daß es keine Helden mehr gibt, daß nur schwächliche Zwirge herumlaufen, die ihre Mimikryen be- lästigen.

Unlängst fand ich aber zu meiner Freude, daß die Behauptung von den fehlenden Helden falsch ist.

Unmittelbar neben dem Bahnhof Schmargendorf befindet sich ein Feiseurgeschäft.

O, es ist ein sehr feiner Laden, und die geschliffenen Karaffen und Flaschen und Schalen auf Spiegeln, Tischen und Schränken funkeln nur so!

Im Laden aber hängt ein Plakat, groß und so geschickt angebracht, daß es bei gedämpfter Ladentür auch von den vorbeiwandelnden Leuten gesehen werden kann, und auf diesem Plakat steht mit schöner Schrift der folgende Satz:

**Juden werden hier nicht bedient!**

Halt, dachte ich, als ich diese Herrlichkeit las, hier wohnt ein Held und ein Mann zugleich, der die Zeichen der Zeit zu deuten versteht.

Ein Geschäftsmann, der den Mut findet, zu sagen, daß er Juden nicht freier, der muß ein Held sein.

Da es mit Helden von jeder Art angehen kann und ich noch vom Reize von Helden und Heldentum gar nicht genug haben kann, ging ich in den Laden, um einen verbliebenen Helden zu sehen, um Worte aus eines Helden Mund zu hören, mich in dieser heißen und heißen Zeit an ihnen anzuhängen und aufzuhalten und mich belehren zu lassen, auf welche Weise der Feiseur unfehlbar die Juden heranzuführt!

Leider hatte ich Pech und fand den Feiseurhelden nicht zu Hause.

Vermutlich wollte er bei dem noch größeren Helden Runge, um sich in der Handhabung von Gummihäppchen unterrichten zu lassen.

Sinnend blieb ich eine Weile vor dem Schaufenster stehen, dessen Gegenstände zum Schutz gegen die sengende Sonne durch ein paar Nummern des „Völkischen Tagblattes“ bedeckt wurden. Sinnend betrachtete ich diese Schutzblätter.

(Ich bitte den Seher recht sehr, hier auf die Klaviatur seiner Segmaschine acht zu geben, auf daß nicht später Schutzblätter zu lesen steht. Vielleicht schadet das nicht eben viel! Aber warum soll man die Schönheit eines Mattes preisen, für das schon so viel Propaganda gemacht wird?)

Also ich betrachtete diese Schutzblätter und fand in einer Nummer einen fulminanten Leitartikel auf Ludendorff.

**Herrlich! Herrlich! Noch ein Held!**

Als ich ein paar Sätze von diesem Geschreibsel geschluckt hatte, mußte ich ganz genau, daß dem Schreiber dieses Gymnasiums auf den Helden Ludendorff, bevor er sich zu dem Geschwafel aufgeschwungen, mindestens drei Stunden die sengende Sonne auf den Schädel geschienen haben müsse, die gerade mit 30 Grad im Schatten brannte, als ich die Schutzblätter betrachtete.

Und noch eine andere Schönheit fand ich in diesen Schutz- blättern.

Gar anmutig umrahmt und umrannt von zierlich gezeichneten Palastkronen las ich da eine Aufforderung zur Teilnahme an einer deutsch-völkischen Sonnenwendfeier am Sonntag.

O herrlich, herrlich! Abermals Helden und noch dazu Palastkronen- helden!

Ein ganzer Himmel voller Helden: der Feiseur und Knäppel- künze und Ludendorff und die Palastkroner!

Und ich dachte mir: Heil dem Land, das so viel Helden hat, das muß hochkommen! Halleluja! P. P.

## Ein Märchen

Immer und immer wieder wird es aufgetischt, bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten, das Märchen, daß Sport und Politik nichts miteinander zu tun haben. Und dennoch liegen die Dinge so einfach. Es ist nur notwendig, einen Blick in die bürgerliche Sportpresse, einen Blick auf die Veranstaltungen der bürgerlichen Vereine zu werfen, um klar zu erkennen, welche Melodie hier gespielt wird. Es ist doch selbstverständlich, daß die bürgerliche Sportbewegung, die ausschließlich von Männern, die mehr oder weniger im Dienste des Kapitalismus stehen, sei es direkt oder indirekt, so geführt wird, wie es das Interesse des Kapitalismus verlangt. Beweise dafür gibt es in Hülle und Fülle. Oder glaubt Ihr, daß irgendein Unternehmer Geld für Unter- stützung des Sports ausgibt, was in letzter Zeit in immer steigenderem Maße geschieht, wenn er nicht genau wüßte, daß es ihm reichlich Zinsen trägt. Einmal werdet Ihr zu Reklamezwecken gebraucht, das andere Mal fördert man den Sport „seiner“ Arbeiter, damit sie bessere, leistungsfähigere Ausbeutungsobjekte werden. Ein drittes Mal werden die Arbeiter auf diese Weise materiell an den Betrieb gefesselt, so daß es für sie ein Dummnis mehr gibt, ihre gelegentlichen Forderungen mit Entschiedenheit zu vertreten. Kurz und gut, immer ist es eine rentable Kapitalanlage; und die Führer der bürgerlichen Sportbewegung sind genau darüber orientiert, ja, stellen zielbewußt ganze Organisationen dahin ein. Sie müssen es, denn sonst verliert der Kapitalismus die Unterstützung, den Lebenssaft, und so etwas wirkt be- kennlich immer zödisch. Nach außen hin ist die bürgerliche Sport- bewegung selbstverständlich neutral, d. h. sie tut so, und ihre Führer beteuern immer und immer wieder, daß sie keinerlei politische Absichten verfolgen. Dieses Gebaren ist für sie absolut notwendig, denn, wenn sie einmal zugeben würden, was sie immer bewußt leugnen, daß sie Politik betreiben, dann müßten sie selbstverständlich auch darüber Rechenschaft ablegen, welche Politik sie betreiben. Dann würden aller- dings doch manchem Arbeiter die Augen aufgehen, der jetzt noch gedankenlos diesen Kapitalknechten nachläuft.

Überall in den Betrieben, in den Büros, in Parteien und Gewerkschaften treffen wir Arbeiter, die diese Ge-

dankelosigkeit mit einem Feuer verteidigen, welches einer besseren Sache würdig wäre. Warum? Ist es Sport- simebel der übelsten Sorte, der nur in den bürgerlichen Sportvereinen, mit ihren fragwürdigen Ehrungen, Per- sonenult, Medaillen, Auszeichnungen, der Berliner sagt „Klempnerladen“, bekräftigt werden kann. Diese Genossen müssen allerdings erst von der Seuche bürgerlicher Ideologie geheilt werden, ehe sie für die Arbeiterportbewegung reif sind. Ist es Heutemlichkeit, ein alter Freundeskreis und wie sonst derartige lächerlichen Entschuldigungen lauten, hinter denen befragte Proletariat hier in dieser Beziehung äußerst schlechtes Gewissen verbirgt.

Geradezu tragikomisch ist es aber, wenn solche Genossen die Parolen der Führer der bürgerlichen Sportbewegung nachplappern, und sich noch dazu hergeben, gegen die klassen- bewußten Proletariat, die den Arbeiterportorganisationen angehören, zu Felde ziehen. Die bürgerliche Sportbewegung ist und bleibt Klassenkampforganisation des Kapitalismus. Ihr braucht nur einen Blick auf die Propaganda für die mit so großem Tamtam injizierten „Teutischen Kampfspiele“ zu werfen. Und wenn euch das noch nicht überzeugen kann, so geht hin und seht euch den Hummel an, der dort unter der Parole „Gehung des Volkes“ injiziert wird. Ihr werdet schon vor den Toren an den schwarz- weiß-roten Fahnen, an den Orden und ähnlichen Merkmalen „Teutischer“ Festschleichen erkennen, wer dort den Weibrauch- teil schwingt. Ihr werdet euer Geld in der Tasche lassen und mit einem Ächeln wieder heimwärts gehen, um eine Erfahrung reicher.

Aber Ihr könnt auch die dafür aufgewendete Zeit sparen, wenn Ihr das, was eure Klassengenossen, die Arbeiterportler, sagen, beachtet. Sport und Politik sind ebensowenig von- einander zu trennen, wie euer Hunger von den wirtschaft- lichen Fragen. Und weil die bürgerliche Sportbewegung im Dienste des Kapitalismus steht, haben klassenbewußte Prole- tariat dem einen Damm entgegengelegt, sie haben die Arbeiterportbewegung aufgebaut, die sich bewußt in den Klassenkampf, auf die Seite des Proletariats stellt. Ebenso wie die bürgerliche Sportbewegung Stützen für die Herr- schaft des Kapitalismus erzieht, ebenso, aber offener und zielbewußter, will die Arbeiterportbewegung dem um seine Menschenrechte kämpfenden Proletariat an Körper und Geist gekräufte Kämpfer zuführen.

Darum räumt auf mit diesem Märchen. Macht reinen Tisch und geht auch in bezug auf eure körperliche Betätigung den Weg, der euch das Klasseninteresse vorschreibt. Ihr wißt es, daß es falsch ist, wenn Ihr noch bürgerlichen Sport- organisationen angehört. Unwissenheit kommt hier nicht mehr als Entschuldigungsgrund in Frage. Oder dünken euch die Ansprache der Führer der bürgerlichen Sport- organisationen wahrhaftiger, als die Forderung eurer Klassenengenossen in der Arbeiterportbewegung, daß Ihr end- lich mit eurem Zweizeleuleben ein Ende machen sollt? Denn ein Zweizeleuleben ist es, wenn Ihr in wirtschaftlichen und politischen Organisationen den Kapitalismus bekämpft, ihn aber in sportlichen Organisationen fördert und unter- stützt. Laßt euer proletarisches Gewissen sprechen, kommt in die Arbeiter-Sportorganisationen!

## Die neuen Postgebühren

(Ausschneiden und aufbewahren.)

Die weitestgehenden Gebühren, die vom 1. Juli 1922 ab im Post-, Fern- und Telegrafverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende: für Postkarten im Fernverkehr 1,50 M., für Briefe im Fernverkehr bis 20 g 1 M., über 20 bis 100 g 2 M. (neu eingeschobene Zwischenstufe), über 100 bis 250 g 3 M.; für Briefe im Fernverkehr bis 20 g 3 M., über 20 bis 100 g 4 M., über 100 bis 250 g 5 M. (Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Zehlbetrags, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nach- erhoben.)

Die Drucksachenkarte als besonderer Versendungs- gegenstand fällt weg. Die Karten unterliegen der Gebühr für Drucksachen bis 20 g.

Für Drucksachen bis 20 g 50 Pf. (neu eingeschobene Vorstufe), über 20 bis 50 g 75 Pf., über 50 bis 100 g 1,50 M., über 100 bis 250 g 3 M., über 250 bis 500 g 4 M., über 500 g bis 1 kg 5 M.; für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Gräbe oder ähnliche Höflichkeitformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 50 Pf. (An- sichtsarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen ent- halten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr).

Für Geschäftspapiere bis 250 g 3 M., über 250 bis 500 g 4 M., über 500 g bis 1 kg 5 M.

Für Warenproben bis 250 g 3 M., über 250 bis 500 g 4 M. (Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert.)

Für Päckchen bis 1 kg 6 M., für Pakete bis 5 kg Rahzone: 7 M., Fernzone: 14 M.; über 5 bis 7 1/2 kg Rah- zone: 10 M., Fernzone: 20 M. (neu eingeschobene Zwischen- stufe); über 7 1/2 bis 10 kg Rahzone: 15 M., Fernzone: 30 M.; über 10 bis 15 kg Rahzone: 20 M., Fernzone: 40 M.; über 15 bis 20 kg Rahzone: 25 M., Fernzone: 50 M.

Für Wertsendungen die Gebühr für eine gleich- artige eingeschriebene Sendung und die Versicherungs- gebühr, welche beträgt: a) bei Wertbriefen für je 1000 M. der Wertangabe 1,50 M., b) bei Wertpaketen für je 1000 M. der Wertangabe 2 M., mindestens bei einer Sendung 3 M.

Für Postanweisungen bis 100 M. 2 M., über 100 bis 250 M. 3 M., über 250 bis 500 M. 4 M., über 500 bis 1000 M. 5 M., über 1000 bis 1500 M. 6 M., über 1500 bis 2000 M. 7 M.

Für Rohrpostsendungen: a) wenn Aufgabort und Bestimmungsort innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühr von Groß-Berlin liegen, für die Rohr- postkarte 4 M., für den Rohrpostbrief 5 M.; b) wenn der Aufgabort oder der Bestimmungsort außerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühr von Groß-Berlin liegt, für die Rohrpostkarte 5 M., für den Rohrpostbrief 7 M.

Die Einschreibgebühr ist auf 2 M. festgesetzt.

Für die Einschließung sind bei Vorauszahlung zu entrichten: für eine Briefsendung nach dem Orts- bezirk 3 M., für ein Paket 6 M.; für eine Brief-

sendung nach dem Landbestellbezirk 9 M., für ein Paket 12 M.

Für Zahlarten bis 100 M. einschließlich 75 Pf., über 100 bis 500 M. 1,50 M., über 500 bis 1000 M. 3 M., über 1000 bis 2000 M. 4 M., über 2000 bis 5000 M. 5 M., über 5000 M. 6 M.

Für gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 1,50 M., mindestens 15 M.; im Ortsverkehr jedoch 1 M. für jedes Wort, mindestens 10 M.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wert- sendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsen- dungen gelten ferner nach Luxemburg und Dester- reich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen). Für Postkarten und Briefe bis 20 g nach Ungarn und Tschechoslowakei gelten niedrigere als die allgemeinen Auslandsgebühren.

Die Auslandsgebühren betragen vom 1. Juli 1922 ab: für Postkarten 3,50 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 2,75 M.; für Briefe bis 20 g 6 M., jede weiteren 20 g 3 M. (Rechtgewicht 2 kg); jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 g 4,50 M., jede weiteren 20 g 3 M.

Für Drucksachen für je 50 g 1,25 M.

Für Geschäftspapiere für je 50 g 1,25 Pf., min- destens 6 M.

Für Warenproben für je 50 g 1,25 M., mindestens 3 M.

Eilbestellgebühr für Briefsendungen 12 M.

Vorzeigebühr für Nachnahmen auf Brief- sendungen (vom Absender zu entrichten) 1,25 M.

Gewichtsbühr für Wertpäckchen für je 50 g 2,50 M., mindestens 12 M.

Die Einschreibgebühr, Rücksendebühr, Verhandlungsgebühr für Wertpakete (je 2 M.) sowie die Versicherungsgebühren sind unver- ändert geblieben.

## Einweihung des Wassersportplatzes Plögensee.

Unter Beteiligung zahlreicher Vertreter der städtischen Behörden fand am Freitagabend die Einweihung des neuen von der Stadt Berlin geschaffenen Wassersportplatzes Plögensee statt. Oberbürgermeister Böß, der die Eröff- nungsrede hielt, führte aus, daß mit dieser Anlage unserer durch die Rote der Zeit gelundentlich so schwer leidenden Be- völkerung eine Stelle der Erholung geschaffen worden sei. Wenn auch die bestehenden Einrichtungen noch nicht voll- kommen sind, so besteht doch kein Zweifel, daß an dem weiteren Ausbau gearbeitet werde. Durch die Zusammen- arbeit der Schwimmvereine mit den Behörden wird es mög- lich sein, alle Schwierigkeiten zu überwinden und die Anlage so auszugestalten, daß sie allen an sie gestellten Anforder- ungen entspricht. Danach sprach als Vertreter des Bezirks- amts Wedding Genosse Veid. Er schilderte die Entstehung des Wassersportplatzes. Schon seit vielen Jahren sei diese Stelle von der im Norden Berlins wohnenden Bevölkerung als Freibad benutzt worden. Durch Fehlen aller Schutz- maßnahmen aber sind zahlreiche Unglücksfälle vorgekommen. Durch die jetzt geschaffenen Einrichtungen und durch die Tätigkeit der Vereine im Sanitäts- und Rettungsdienst hoffe man für die Zukunft der Wiederkehr solcher Unglücks- fälle zu beugen. Die geschaffene Anlage, die besonders freudig von der Schwimmport liebenden Bevölkerung be- grüßt worden ist, bedarf zum weiteren Ausbau der Unter- stützung und der finanziellen Beihilfe. Der noch fehlende, aber in Aussicht genommene Schwimmlehrer, der allen Schulen zur Ausbildung ihrer Schüler zur Verfügung ge- stellt werden soll, ist ein dringendes Bedürfnis. Der Ober- bürgermeister Böß sei dafür dankbar, daß er jederzeit trotz aller Finanznöte der Stadt schon in seiner früheren Tätig- keit als Kammerer von Berlin eine offene Hand für unsere Kinder gehabt habe, darum glaube er, der Hoffnung Aus- druck geben zu können, daß uns die Mittel für den Schwimm- lehrer recht bald zur Verfügung gestellt werden. Keine Anlage ist für die Stadt so rentabel wie Spiel- und Sport- anlagen. Viele Millionen, die jetzt für die Heilung von Krankheiten aufgewendet werden müssen, könnten erspart werden. Die freudige Mitarbeit aller Beteiligten läßt uns die Gewißheit mitnehmen, daß der Anlage gutes Gedeihen sicher ist.

Außerdem sprachen noch als Vertreter der Schwimmver- bände die Herren Enders und Kirchner, die ebenfalls zum Ausdruck brachten, daß noch weitere Mittel notwendig seien, um die Anlage so auszubauen, daß sie nicht nur eine Stätte der Erholung ist, sondern auch dem bisher noch vernach- lässigten Schwimmunterricht endlich den ihm zukommenden Platz zur Ausübung des so gelundenen Schwimmsports ein- räumt.

Einige vom Schubertchor wirkungsvooll vorgetragene Lieder sowie die Vorführung der einzelnen Vereine im Wasser füllten den übrigen Teil des Programms. Eine heitere Note erhielt die Veranstaltung durch die von dem Arbeiter-Samariterbund und den diensthabenden Rettungs- mannschaften vorgeführte Rettung Ertrinkender.

## Eine grobe Fälschung

Die Berliner Morgenpost bringt in ihrer Ausgabe vom 15. Juni einen Artikel „Das Beamtenbrot des Jugendamtes“, der völlig unrichtige Angaben enthält und geeignet ist, jeden, der nicht genau über den Aufbau und die Organisation des Jugendamtes der Stadt Berlin unterrichtet ist, irreführen- zu lassen. Es wird die Behauptung aufgestellt, daß in sämtlichen 20 Bezirksjugendämtern Berlins 48 soziale Kräfte angestellt seien, demgegenüber würden 67 Stadtassistenten, 57 Stadt- sekretäre, 56 Bürogehilfen, 24 Magistratskassisten, 36 Steno- graphinnen, 31 Magistratssekretäre, 2 Supermucrone, 2 Bürodiätäre, 5 Büroanwärter, 14 Magistratsdiener, 2 Hilfsdiener, 5 Kleinbesteller und 8 Wächter beschäftigt. Durch diese Aufstellung, deren Urheber nicht im mindesten über das Berliner Jugendamt orientiert sein dürfte, sollargetan werden, daß sich das Jugendamt ganz hervorragend mit theoretischen Arbeiten befaßt. Der Zweck dieser Uebung ist sofort klar und leuchtet jedem Kenner der Tendenzen der Berliner Morgenpost ein.

Vielleicht wäre es angebracht, wenn der Verfasser des er- wähnten Artikels sich der Mühe unterzöge, an einer Sprech-



**Persil**

das selbsttätige **Waschmittel** von unerreichter Wasch- und Bleichkraft.  
Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.

**Wäscht mühelos, schnell und billig!**

Allcinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,**  
auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Preis das Paket 12.- M.

stunde der Bezirksfürsorgestellen, die eine Abteilung des Bezirksjugendamtes bilden, teilzunehmen. Er würde sich dann davon überzeugen können, daß in der Bezirksfürsorge eines einzigen Bezirksamtes 25 soziale Kräfte allein mit praktischer sozialer Arbeit vollaus beschäftigt sind, und daß von grauer Theorie keineswegs die Rede sein kann. Es handelt sich bei der Arbeit der Bezirksfürsorge ja nicht nur um Beratung der hilfesuchenden Bevölkerung (wozu die häufigen falschen Angaben der „Berliner Morgenpost“ über Auslandsreisen, Auslandsversicherung usw. hinreichend Gelegenheit geben), sondern um praktische ausdienliche Arbeit an den Hilfesuchenden.

Gerade die sozialistischen Bezirksämter leisten in bezug auf soziale Praxis Vorbildliches, was allerdings die „Berliner Morgenpost“ nicht hindert, durch falsche Angaben die Bevölkerung irrezuführen.

### Raucherlaubnis in der Straßenbahn

Der Vorschlag der Straßenbahndirektion, die Anhängerwagen im Sommer versuchsweise als Raucherwagen fahren zu lassen und das gegebenenfalls auch für den Winter einzuführen, hat die Zustimmung der Verkehrsdeputation gefunden. Die Genehmigung des Polizeipräsidenten ist eingeholt; sobald sie eintrifft, was in 8-10 Tagen erhofft wird, wird die Neueinrichtung sofort in Kraft treten.

**Änderungen im Sonntagsbetriebe der Straßenbahn.** Vom 18. d. M. ab wird die Linie 81 — Zentralviehhof—Charlottenburg, Amisgericht — an Sonn- und Feiertagen während des ganzen Tages in Abständen von 15 Minuten (statt wie jetzt in Abständen von 15 und 20 Minuten) verkehren und außerdem in Charlottenburg vom Amisgericht bis Spandauer Straße verlängert werden. Durch die Maßnahmen und die bereits vor einiger Zeit erfolgte Verlängerung der Linie U als Linie 75 bis Anspoderstr. wird die Linie 80, auf der ein Ausflugsverkehr nicht besteht, an Sonn- und Feiertagen entbehrlich; sie wird daher an Sonn- und Feiertagen eingesogen.

**Der Städtetag für Abänderung des Konfessionsstellenstatuts.** Der Preussische Städtetag hat in Eingaben an den Landtag die nach dem Lehrerbildungsgesetz und den Ausführendbestimmungen zurzeit bestehende Regelung der Konfessionsstellen an Volksschulen als unbefriedigend bezeichnet und eine Neuregelung beantragt, die die erforderlichen Ausführendstellen in das allgemeine Lastenaufbringungsstatut des Lehrerbildungsgesetzes unter voller Kostenbeteiligung des Staates einarbeitet.

**Großes Volksfest.** Am Sonntag, den 25. Juni 1922, veranstaltet der Bezirksverband Berlin-Brandenburg im Einvernehmen mit den im Norden Berlins gelegenen Dörfern in dem herrlich gelegenen Lokal Carishof, am Spandauer Schiffbaukanal, ein großes Sommerfest. Für gute Unterhaltung ist Sorge getragen. Zwei große Konzertorchester werden den musikalischen Teil bestreiten. Der Arbeiter-Sängerbund, vertreten durch die Gesangsvereine Wedding, Norddeutsche Schiffe und Neu Erwaart haben ihre Mitwirkung zugesagt. Ebenso der Turnverein Bichte, der Arbeiter-Radsportklub sowie auch der Arbeiter-Schwimmerbund. Den Besuchern wird zweifellos durch den Mitwirkenden und deren anerkannten Leistungen ein gutes Programm geboten und verspricht in dem Sinne ein echtes Volksfest zu werden.

Der Ueberschuß soll dem Kampffonds des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg überwiesen werden.

Der Eintrittspreis beträgt 4 M., Kinder sind frei. Fahrgelegenheit mit der Stadtbahn bis Besselsstraße und Straßenbahnlinie 12.

Wir bitten alle unsere Mitglieder, am 25. Juni mit ihren Familien dieses große Volksfest zu besuchen.

**Turn- und Sportverein „Nichte“ Berlin.** Achtung Vereinsmitglieder! Wer sich zur Führung von Kindergruppen für die städtischen Augenspielplätze in der Zeit vom sofort bis zum 8. Juli zur Verfügung stellen will, gegen tägliche Entschädigung von 120 M., melde sich umgehend in der Geschäftsstelle „Nichte“.

**Volkshilfsamt Reinickendorf.** Ein städtisches Volkshilfsamt des Rottenerorts unter Leitung von Camillo Hildebrand findet am Mittwoch, den 21. d. M., abends 8 Uhr, in Reinickendorf-Df. Hubertusstraße, statt. Karten zu 5 M. sind an den bekannten Stellen und an der Abendkasse zu haben. (Mozart, Mendelssohn, Bach, Brahms usw.)

**Sprechchor.** Aus Anlaß der Reichsbildungskonferenz der USPD. findet am Sonntag, den 9. Juni, im Großen Schauspielhaus eine Feierstunde statt. Sämtliche Mitglieder des Sprechchors werden nochmals dringend ersucht, unsere Uebungsstunde am Donnerstag, den 22. Juni, in der Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 8/9, vollständig zu besuchen. Texte von Mähle, Mähle, mähle sowie „Tag des Proletariats“ sind mitzubringen.

**Berlin vermehrt sich.** Trotz der großen Wohnungsnot vermehrt sich die Bevölkerung Berlins von Woche zu Woche, von Monat zu Monat. Das beweist auch die letzte auf Grund der Fortschreibungen statistische Einwohnerzahl des Verwaltungsbezirks Tempelhof. Dieser hatte Ende April eine Einwohnerzahl von 64.000, Ende Mai von 64.834 Köpfen, so daß der Zugang im Mai 229 Seelen betrug. Fast die Hälfte hiervon entfällt mit 102 Köpfen auf die ehemalige Gemeinde Mariendorf, während Tempelhof selbst nur eine Zunahme um 87 Köpfen aufzuweisen hat.

**Goldankauf mit gefälschten englischen Pfundnoten.** Um 600.000 Mark betrogen wurde ein Kaufmann Waagte von der Spandauer Brücke 10 beim Goldhandel mit einem Gallier und einem Engländer. Waagte hat die Erlaubnis, mit Gold zu handeln. Der Gallier fragte ihn ein Mann im Kaiser-Café in der Friedrichstraße, ob er Gold habe. Als er bejahte, erriete der Mann, er könne einen Engländer, der jede Menge Goldes zu jedem Preise kaufe. Am nächsten Tage brachte er auch diesen Engländer nach dem Café. Waagte, der zwei Barren besaß, einen von zwei Kilogramm weniger feinen Goldes und einen von 800 Gramm Feingold, war vorfichtig und wollte zunächst kein englisches Geld nehmen. Als nun der Engländer erklärte, daß er nur Pfundnoten bestimme, nahm er sich zwei 5-Pfund-Noten und eine 10-Pfund-Note, aber nur als Anzahlung mit der Vereinbarung, daß das Gold am nächsten Tage geliefert werden würde. Waagte ging dann mit den Noten zur Bank und erhielt sie hier auch anstandslos umgewechselt. Am nächsten Tage wurde dann auch das Geschäft endgültig abgeschlossen. Waagte übergab die drei Barren, erhielt noch 400 englische Pfund und zahlte 120 Mark heraus. Die Pfundnoten brachte er zum Verkauf auf die Bank. Zu seiner unangenehmen Ueberraschung erhielt er aber dann von dieser die Nachricht, die Noten seien auf der Waise als falsch angehalten worden. Der Engländer und der Gallier sind mit ihrer Beute verschwunden. Waagte wird sich nun auch noch zu verantworten haben, weil es verboten ist, Gold auszuführen und weil der Handel mit Gold nur in den dazu bestimmten Geschäftsräumen, nicht aber in beliebigen Lokalen erlaubt ist.

### In unsere Postabonnenten

Die Bestellung der „Freiheit“ für das 3. Quartal 1922 oder für den Monat Juli muß umgehend, spätestens aber bis zum 25. d. M. beim zuständigen Postamt oder Briefträger erfolgen. Bei späterer Bestellung übernimmt die Post keine Verantwortung für ordnungsmäßige Zustellung, und sind Verzögerungen in der Bestellung unvermeidlich.

Der Verlag der „Freiheit“, c. G. m. b. H.

## Gewerkschaftliches

### Beamtenbund und Reichsgewerkschaft

Der Deutsche Beamtenbund, dessen Weltfremdheit schon als notorisch bekannt ist, und der stets fünf Meilen hinter der Weltgeschichte herläuft, stellt folgende erschütternde Tatsachen fest:

Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes hat in ihrer Sitzung am 16. Juni zu der geplanten Vereinbarung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter mit dem freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverband folgende Entschliebung angenommen:

Die Bundesleitung stellt mit Bestimmtheit fest, daß die R. G. in keiner Weise mit ihrer Spitzenorganisation wegen der Verhandlungen mit dem D. G. B. Fühlung genommen hat. Sie ist vielmehr erst durch Zeitungsnachrichten über die Vereinbarung zwischen R. G. und D. G. B. unterrichtet worden. In zwei Sitzungen der Bundesleitung lebte der Vertreter der R. G. es ab, den von der Bundesleitung geforderten Aufschluß über die Vorgänge zu geben. Eine lediglich zur Klärung dieser Angelegenheit anberaumte Sitzung konnte nicht stattfinden, da die R. G. mitteilte, keine Vertreter entsenden zu können. Nachdem die R. G. auch zu der Sitzung am 15. Juni keinen Vertreter entsandt hatte, sah sich die Bundesleitung gezwungen, in Abwesenheit des Vertreters der R. G. Stellung zu nehmen. Nach eingehender Beratung spricht die Bundesleitung die Erwartung aus, daß der Vorstand der R. G. dieses Verhalten nicht billigt und die in Aussicht genommene Vereinbarung ablehnt.

Die Bundesleitung stellt weiter fest, daß der geschäftsführende Vorstand der R. G. für die Sitzung des erweiterten Vorstandes am 17. Juni in Leipzig die Erörterung des Verhältnisess der R. G. zum D. G. B. auf die Tagesordnung gesetzt, dazu Vertreter des D. G. B. und einzelner Reichsgewerkschaften eingeladen, aber auf Anfrage erklärt hat, daß man nicht beabsichtige, Vertreter der Bundesleitung einzuladen.

Hoffentlich acht die Reichsgewerkschaft den ebenso notwendigen wie konsequenten Weg, ohne sich über das Geranzen des Beamtenbundes ablenken zu lassen, und tritt in absehbarer Zeit in die Reihen der freigewerkschaftlichen Verbände ein. Denn dort, und nur dort gehört sie hin.

### Pfäffische Nötigung

**Der katholische Klerus gegen die freie Anstelltenbewegung.**

Die Zahl der Geaner, die gegen die freie Anstelltenbewegung arbeiten, ist nicht gering. Wärdere Bundesgenossen im Kreise derer, die unsere Bestrebungen bekämpfen, sind auch besonders die katholischen Geistlichen in jenen schwarzen Gegenden, in denen ihr Einfluß noch ein sehr großer ist. In es dort schon für die Arbeiterschaft schwer, sich feste freigewerkschaftliche Organisationen zu schaffen, so ist es für die Anstellten oftmals einfach unmöglich durch das Treiben der Geistlichen, sich einer Afa-Organisation anzuschließen. Mit allen erdenklichen Mitteln wird gegen das, was zur freien Gewerkschaftsbewegung rechnet, gearbeitet und gehetzt.

Anlässlich der Wahlen der Vertrauensleute zur Anstelltenversicherung schenken sich die „frommen Väter“ nicht, von der Kanzel herab gegen den Zentralverband der Anstellten und die Afa zu hetzen. Wie weit die Verhetzung geht, offenbaren folgende, wahrscheinlich tagtäglich sich ereignende Fälle.

In Vörrach i. B. ging ein weibliches Mitglied des AdM. zur Beichte. Hier wurde sie, da sie einen Diana ring, gefragt, mit wem sie verlobt sei. Als sie sagte, mit einem Eisenbahner, fragte der Beichtvater, ob dieser im roten Verband

# Duftige Sommer Kleider

für die heißen Tage

aus duftigem weißen Crepe-Voile mit farbigen Effekt-Streifen elegante neueste Formen wie Zeichnungen

## jedes Kleid nur 575,-

Abgabe nur je 1 Stück Änderung u. Zusendung ausgeschlossen

# Maassen

Oranienstr. 165 (Am Oranienplatz)      Leipzigerstr. 42 (Ecke Markgrafenstr.)








## Im Stromgebiet des Sepik

Eine deutsche Forschungsreise in Neuguinea  
von Dr. Walther Dehmann, a. o. Professor der Geographie  
an der Universität Berlin.

Unter diesem Titel ist im Verlage von August Scherl, 260 Seiten stark, mit rund 100 Abbildungen und einer Karte versehen, ein Buch erschienen, das unsere populäre Literatur über Forschungsreisen in fernen Weltteilen in erfreulicher Weise bereichert. Es schildert frisch und lebendig eine 1 1/2-jährige Forschungsreise in Neuguinea, der noch unerschlossenen großen Insel nördlich von Australien, deren nordöstlicher Teil zum deutschen Kolonialbesitz gehörte. Die Reise erfolgte in den Jahren 1912/13, ihre literarische Ausarbeitung ist durch die Kriegsjahre verzögert und stark beeinträchtigt worden.

Außer vielen prächtigen und interessanten Reise- und Naturbeschreibungen aus der Heimat der Paradiesvögel bringt das Buch auch mancherlei ethnographische und zoologische wichtige Aufschlüsse über die im Innern Neuguineas lebenden wilden Völkerstämme, die sich noch heute im Steinzeitalter und im Zustand des Kanniballismus befinden.

Wir stellen nachstehend einige solcher Stellen aus dem Buch zusammen und empfehlen unseren Arbeiterbibliotheken, es ihrem Bücherbestande einzureihen.

„Nach drei Tagen Fahrt aber erwachte unser Interesse wieder mehr, denn an den Ufern ließen sich Bananenplantagen ein. So aber Pflanzen sind, können Menschen nicht fern sein. Wir hatten also Aussicht, wieder mit völlig unbekanntem Stämmen zusammenzutreffen. Nichts, am folgenden Tage lagte, wie wir um die Ecke bogen, an der nächsten Windungsecke vor uns ein Einbaum mit einem Eingeborenen hervor, der allerdings zunächst das Weite suchte. Als wir die Windung abgefahren waren erwartete uns auf einer Sandbank ein feindliches Meer von etwa hundert Kriegeren, von Kopf bis zu den Füßen bewaffnet und mit Kriegsschmuck bemalt. Aus Haar hatten sie Blumen befestigt, durch Nase und Ohren ihren ganzen Körper an Eberzähnen, Bambusspitzen usw. scheidet, auf der Brust trugen sie große Schilde aus Eberzähnen, in der Hand hatten sie den großen bemalten Schild, dahinter Pfeile, Bogen und Steinwelle und in der Rechten den Speer. Sie tanzten wild auf und ab und drohten uns mit ihren Waffen.

Es sah wirklich unheimlich aus, und wir dachten an einen ersten kriegerischen Zusammenstoß mit der Bevölkerung im Innern. Ich ließ sämtliche Soldaten laden und Dedung hinter der Bootswand nehmen, legte die Schrotflinte neben mich. Ledermann übernahm das Steuer, während ich selbst ruhig vorn auf meinem Stuhl sitzen blieb und, in meiner weißen Kleidung weitlich sichtbar, die Aufmerksamkeit der kriegerischen Bevölkerung auf mich lenkte. Ich winkte ihnen friedlich zu, sagte, daß wir weiterfahren würden, hielt einige große schmale Äste in die Höhe als Zeichen, wie reich wir waren. Der Fluß war breit genug, daß wir uns aus Speerwurfweite halten konnten. So fuhren wir unbeschadet der feindlichen Kriegerischen weiter. Alle bemächtigten sich eine immer größere Aufmerksamkeit. Als sie sahen, daß sie nicht zum Schuß kamen, stürzten sie sich auf ihre Einbäume und ruderten in wilder Eile zu dem Dorfe, das liegt um die Ecke des Flusses sichtbar wurde.

Von dem Dorfe war nicht sehr viel zu sehen, denn viele Kokos-, Ficus- und Sapotaleen, Brotfruchtbäume und andere Nutzpflanzen, aber auch wildwachsende Bäume des Urwaldes verdeckten uns die Anhöhe. Die Leute hatten aber einzelne Früchte in den Fluß hineingeworfen, auf denen sie sehr handlich zur Nahverteidigung des Dorfes.

Unter den schwebenden Umständen schien es das ratsamste, erst einmal am Dorfe vorbeizufahren und nicht zu landen. Wir hielten uns also möglichst am anderen Ufer und fuhren bei dem hart tödlichen Fluße, wenn auch langsam, doch stetig am Dorfe vorbei. In demselben herrschte tiefste Aufregung. Einzelne Eingeborene hielten mit wilden Schreien ihrer Steinwelle auf die Treppen zum Weibehaus, wo oben dichtgedrängt Kopf an Kopf die neugierigen Frauen hinaussahen, die auch sehen wollten, was für unheimliche Fahrzeuge da plötzlich auf ihrem lieben und vertrauten Fluß herankamen. Andere Eingeborene hielten in das neue Meer von Pfeilen herbei, andere retteten die Einbäume ans Ufer, die meisten aber handten, wild gestikulierend und tanzend, auf den Plattformen und drohten mit ihren Waffen. Wir fuhren friedlich weiter und winkten mit unseren Händen.

Als wir halb an dem Dorfe vorbei waren, nahm ich einen schönblühenden leeren Petroleumbehälter, tat in denselben wohl schön weiße Ringe hinein, einige Perlenketten und setzte ihn auf den Fluß aus, so daß er langsam hinter uns fließt und an dem Dorfe vorbeiführt. Da erwarnte sich ein Eingeborener, stieg in seinen Einbaum und holte sich das schöne Geschenk.

Selten in meinem Leben habe ich einen derartigen Stimmungsumschlag von wilder Feindschaft zur Freundschaft kennengelernt wie in diesem Augenblicke. Raum war der Mann mit seinem Geschenk am Ufer und war es von allen Leuten bewundert worden, als ein allgemeines Jauchzen der Freude durch das ganze Dorf erschallte. Selbst die Weiber kamen mühsam aus ihren Häusern herabgestiegen. Die Männer steckten sich grüne Zweige in ihre Arminge und winkten uns mit Pfeilen zu, ließen am Ufer entlang, um uns recht deutlich zu sehen, bestiegen ihre Einbäume und folgten uns.

Keine fünf Minuten später näherten sich unserem ratternden Motor zwei Eingeborene in Einbäumen. Wir boten ihnen Geschenke an, die sie sich abholen sollten. Das wollten sie doch nicht annehmen. Sie bestiegen zusammen einen Einbaum und schoben uns den anderen zu unserem Fahrzeug heran. In diesen legten wir unsere Gaben, und wieder erlaubte das gleiche Jauchzen in der Renae. Am Ufer sammelten sich jetzt auch die Weiber. Die glücklichen Besitzer unserer Geschenke wurden von den Weibern umringt, sie winkten sofort ihre Gaben weitergeben.

Aber nun hätte man den anderen Teil des schönen Gesichts sehen sollen, der ohne Gaben abließen war! Mit klangenden Pfeifen und wulstigen Koflosschurz am dem Hüften traten sie wild gestikulierend auf ihre tapferen Krieger los, trieben sie in die Einbäume und erreichten durch Krieger los, trieben sie in die Einbäume und erreichten durch ihre Keifen und Schnattern, daß dieselben bis dicht an unsere Fahrzeuge herankamen, ja, einer näherte sich direkt unserem Motor und hielt sich an unserem Boot fest. Er wurde beachtet. Das größte Entsetzen spiegelte sich aber in seinem Gesicht wider, als ich ihn mit der schwarzen Kamera auf den Leib rückte und photographierte.

Die Freundschaft, die wir mit diesem Dorfe so schnell geschlossen hatten, sollte sich gut rentieren, denn durch Trommel-

sprache oder durch Boten hatten die zahlreichen Dörfer am höheren Leonhard-Schulze-Fluß von unserem Kommen und unserer freundschaftlichen Gesinnung erfahren. So glich unser Aufwärtsfahren eher einem Triumphzuge als einem Vordringen in das wilde unbekannte Innere. Wo ein Dorf sich befand, wurden wir von lachenden, freudig winkenden Menschen empfangen. Von Waffen war nichts mehr zu sehen. Bei den Mittagspausen und am Abend näherten sich die Eingeborenen uns, und ein herzliches, vertrautes Freundschaftsverhältnis bahnte sich an.“ (Seite 170-171.)

„Wir wunderten uns, daß ein Gegenstand an einem Tage nicht verkäuflich war, während er am anderen Tage ohne weiteres uns gegeben wurde. Wir sahen z. B. einen schönen Bootschmuck, den wir gern erwerben wollten. Er bestand aus einem mit vielen Federn reich geschmückten Schild, der senkrecht vorn auf das Boot geklebt wurde. Am nächsten Tage kamen die Leute wieder und brachten uns nicht nur einen, sondern mehrere solcher Schilde und verlangten nicht einmal so viel dafür, wie wir das erstmal geboten hatten. Erst später sahen wir den Grund ein. Der Eingeborene in Neuguinea hat kein Privateigentum, sondern die Familie besitzt alles. Er muß infolgedessen erst einen Familienrat abhalten, will er etwas verkaufen.“ (Seite 161.)

„Mancher Europäer möge sich daran ein Beispiel nehmen, wie selbstlos diese schwarzen Jungen, die doch erst ganz kurze Zeit bei uns Europäer waren, denen doch jedes Verhandlung für die Aufgaben einer Forschungs Expedition fehlen mußte, ihr eigenes Leben ruhig aus Spiel legen, nur um einem der Europäer vielleicht durch einen anderen Hilfe in der Not zu bringen.“ (Seite 156.)

„In Europa, wenn ein Fürst die Augen schließt, drängt sich die neugierige Masse in oft unehrer Weise an die heilige Stätte des Grabes. Wie anders benahmen sich unsere schwarzen Träger, wo hier der weiße Körper, zu dem sie aufhielten wie zu einem Fürsten, gestorben war. Schweigend hielten sie sich im Hintergrunde und ließen uns Europäer allein am Grabe unser stilles Gebet verrichten. Dann erst, nachdem wir zurückgekehrt waren, gingen auch sie wohlgeordnet und gestützt zu dem Grabe und verrichteten eine stille Andacht, kehrten zurück und erwähnten mit keinem Worte und in keinem Gespräch und gegenüber den Toten, trotzdem die Gedanken aller sich mit ihm beschäftigten. Sie bewahrten dabei einen solchen natürlichen Anstand und solch hohes Feingefühl, wie es uns Europäer nur als Vorbild dienen kann, die wir uns so erhaben fühlen über die primitiven Eingeborenen.“ (Seite 159/160.)

„Jetzt begann eine schwierige Arbeit. Es mußten erst Bäume gefällt, Rollen hergestellt und dann auf ihnen die Boote zum Fluß gewälzt werden. Während der Zeit sahen am anderen Ufer einige Eingeborene, die interessiert zuschauten, besonders als sie die würgenden Äxte sahen. Ich winkte sie heran, sie hatten aber keinen Einbaum bei sich. Deswegen gingen sie etwa 200 Meterstromauf, legten sich auf einen trockenen Stamm und paddelten jetzt, auf dem Stamm reitend, quer über den Fluß und waren bald ohne Waffen und ohne Schutz bei uns. Sie bewunderten unsere Äxte und den scharfen Schnitt, den dieselben an dem Holz hervorriefen. Unsere Tätigkeit fand bei ihnen volles Verständnis, sie sahen kräftig zu und halfen unsere Boote zu Wasser bringen.

Ich erzählte mit Absicht die kleine Episode, um immer wieder hervorzuheben, wie leicht die wilden Kannibalen zu lenken sind, wenn man sie nur mit psychologischem Geschick und Ruhe anfaßt.“ (Seite 175/176.)

„Dann begannen wir mit dem Tauschhandel. Baion, der Hausjunge von Neeside, ist in der Beziehung ein ausgezeichnete Spürhund. Jemandem hat er einen schönen Gegenstand entdeckt, den er heranschlepp, und jetzt geht das Handeln und Feilschen los. Natürlich wollen die Eingeborenen für jeden kleinen Gegenstand ein Beil haben. Wir dagegen wollen nur ganz wenige Wadepferle geben, es wird gehandelt, bis man sich schließlich einigt. Wir legen den gewünschten Gegenstand auf die Erde, und man ist handelsbereit.“ (Seite 180.)

„Die kleinen Kinder werden von den Frauen meistens auf den Hüften getragen, wo sie reiten, aber auch auf dem Rücken sieht man sie sitzen, und dann kann man ersehen, daß die Frau den Kindern die Brust über die Schulter reigt. Es fällt einem auf, daß die Frauen Kinder bis in ein für europäische Verhältnisse hohes Alter hinein noch säugen. Wenn man aber bedenkt, daß es in Neuguinea keine Milch von Tieren gibt, so wird man es ohne weiteres verstehen. Man muß sich aber die soziale Folge für ein Dorf klar machen. Es wird zur ständigen Minder der Allgemeinheit gegenüber, das Kind möglichst lange zu nähren und kräftig zu erhalten. Eine rasche Folge von Geburten würde dies aber unmöglich machen, infolgedessen hat jede Frau auch nur wenig Kinder, die zeitlich weit auseinander sind.“ (Seite 182.)

„Die Wände des Hauses sind rings geschmückt mit vielen Schädeln, seien es Menschenschädel, Hundeschädel oder Krokodilschädel, Tropfen der vielen Kämpfe oder Andenken an die Verstorbenen.

Einige dieser Schädel sind prächtig ausmodelliert. Die Weichteile sind ersetzt durch Ton, anstatt der Augen sind zwei Muscheln hineingefügt. Obendrauf sind die Haare des Verstorbenen geklebt, der ganze Schädel wird jetzt angemalt, wie der betreffende Krieger in den Kampf zog. Von weitem macht es einen wahrhaft unheimlichen Eindruck, menschliche Schädel abgehängt, ausgeleert und bemalt mit einer großen Naturtöne auf einer Prägung nebeneinander aufgereiht zu sehen. Dem Eingeborenen würden unsere Photographien vielleicht ebenso schauererregend sein. Dabei sind seine Erinnerungsabilder eigentlich weiter fortgeschritten als unsere platten Photographien, bildet er doch den ganzen Kopf seines lieben Verstorbenen nach.“ (Seite 187.)

„Es sei erlaubt, hier eine kleine Episode einzuschalten, die mir mit meinem Hausjungen passierte, der wohl der Begabteste unter unserer Trägerkarawane war.

Ich wollte die Zahlwörter von Malu vergleichen mit denen an der Küste und forderte ihn auf, er solle in seiner Sprache einmal bis zehn zählen. Das Zahlwort für zwei und drei konnte er mir sehr schnell sagen. Nach langem, langem Besinnen bekam er das Zahlwort vier heraus. Dann sagte er, ich müßte etwas warten, er wolle seinen Freund, der aus dem-

selben Dorfe wie er sei, holen, der müßte ihm helfen, zu zweien bekämen sie eher heraus, was fünf heißt. Aber selbst zu dreien war es ihnen nicht möglich, sich über sechs und sieben zu einigen. Höhere Zahlen waren überhaupt nicht herauszubekommen bis auf zehn. Für eins, behaupteten sie, hätten sie überhaupt keine Zahl. Es ist dies nur allzu verständlich, denn die Eingeborenen unterhalten sich nicht, wie wir Europäer, über abstrakte Dinge. Wenn sie zu zählen haben, so handelt es sich bei ihnen um zwei Kokosnüsse oder zwei Bananen, oder fünf Einbäume, aber niemals um die Zahl an sich.“ (Seite 188.)

„Überall beim Wandern durch das Dorf sieht man Männer und Frauen arbeiten. In vielen Beschreibungen der Sitten und des Lebens von Eingeborenen findet man die Bemerkung, daß nur die Frauen arbeiten, während die Männer sich einem teiligen Nichtstun hingeben. Für die Eingeborenen der Steinzeit ist dies absolut unwar. Es besteht eine ganz gründliche Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, indem die Frau alle leichteren Arbeiten vollführt, wie Kochen, Sägen, Waschen, Fischen, Dausreinigen, Kinderwarten, die Pflanzung bestellen usw., der Mann aber alle schwerere Arbeit vollführt, wie den Einbaum aushaken, ihn mit Harz von Bäumen ausdichten, Sogolloschen, Baumesseln, Fischen usw.; der Mann hat natürlich in erster Linie die Heimat zu verteidigen, er muß in den Krieg ziehen, er sorgt für Fleischnahrung. Gemeinlich treiben beide Geschlechter den Ackerbau.“ (Seite 191/192.)

„Wie aber ist es möglich, daß Leute der Steinzeit, daß Menschenaffen, daß primitive Eingeborene, die niemals etwas anderes kennengelernt haben als ihr Dorf und ihre nächste Umgebung, funktionierend sind? Dem gebildeten Europäer scheint das ein Widerspruch zu sein. In Wahrheit aber haben wir es im Innern Neuguineas mit einer abgeschlossenen Kultur zu tun, die genau so entwickelt oder unentwickelt sein kann wie unsere europäische Kultur. Wie auf europäischem Boden der wilde Albaner haust und der hochgebildete Germane lebt, beide der gleichen Kulturperiode angehörig, nur zu verschiedenen Stufen derselben aufsteigend, so leben in Neuguinea die hochkultivierten Steinzeitmenschen von Karaima nördliche Lagereisen entfernt von den primitiven Urwaldbewohnern des Innern.“ (Seite 214.)

„Mit diesen Auslegereibäumen versehen es die Eingeborenen, weit über das Meer zu kreuzen, von Insel zu Insel. Die Fahrzeuge sind den Stürmen des Stillen Ozean gewachsen und vermögen der schweren See standzuhalten. Eine uralt Kultur spiegelt sich in diesen Kunstwerken wider. Alles ist zweckmäßig, die einzelnen Verbaute genau nach althergebrachten Regeln ausgeführt.“ (Seite 318.)

„Einzelne Sprachforscher traf ich im Dorfe an, die von den Nachbarinseln gekommen waren. Es fanden die Eingeborenenörter sich gegenseitig Kinder zu, die in dem Dorfe aufgezogen werden, um die Sprache zu lernen und später zur Heimat zurückzuführen. Sie dienen dann bei den vielen, oft recht blutig verlaufenden Kriegen als Vermittler. Auch dieses Pensionswesen zeigt wieder, wie der Eingeborene sich in seinen ganzen sozialen Einrichtungen den besonderen Verhältnissen anzupassen versteht.“ (Seite 319.)

„Durch einen Boten hatte ich Ledermann mitgeteilt, er möchte an einem genau beschriebenen Punkt Proviant für mich deponieren. Wir hatten dies im Laufe der Zeit häufiger durchgeführt. Kein einziges Mal ist der Proviant, sei es im Gebirge oder am Fluß, von den Eingeborenen angerührt worden. Die Begriffe von Mein und Dein sind bei ihnen sehr scharf angeprägt. Diebstahl gibt es nicht, selbst wenn man sich Lagerstätten weit vom Proviantlager entfernt. Ob man das in sogenannten Kulturregionen auch wohl immer sagen könnte?“ (Seite 360.)

Beim Lesen dieser Episoden aus dem Kannibalenlande denkt man unwillkürlich an das Wort, das Seume seinem Kanadier in den Mund legt: „Seht, wir Wilden sind doch — bessere Menschen!“

**Der Wald in Nordfrankreich.** Der nordöstliche Teil Frankreichs trägt im Gegenteile zum Süden durch reichen Waldreichtum durchaus „nordischen“ Charakter. In die waldbedeckten alten Massive der Vogesen und der Ardennen schließt sich westwärts ein Gürtel nur mäßigen Waldreichtums an. Nahe der Küste schrumpft der Wald allerdings auf inselartige Reste ein, wie der Gont-houster Wald in Flandern eine darstellt. Auch in Belgien und Norddeutschland ist ja eine Abnahme des Waldes südwärts deutlich ausgesprochen. Die Wälder gehen langsam in Heide, in Moor und Marschflächen über, zwischen denen vereinzelte kleine Heine oasenartige Waldinseln bilden.

Der erste Eindruck beim Betreten eines französischen Waldes hat, wie H. Brandt in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde mitteilt, für den Deutschen etwas überraschendes. Der Bestand ist bunt gemischt, die einzelnen Baumarten sind gleichmäßig durcheinandergemengt, die Buchshöhe ist ganz verschieden, Schlinggewächse sind stark entwickelt und bilden kantenartig verholzt undurchdringliche Wände. In dieser Art Urwaldern waltet noch die natürliche Auslese im Kampf ums Dasein und einmüchtig von der ordnenden Hand des Menschen, und der Nordfranzose sieht seine Wälder so wie sie sind und zieht sie den künstlichen Forsten vor.

Die Römer waren vermutlich die ersten, die die großen von der Siedlung gemiedenen Wälder in ganzer Ausdehnung planmäßig durchquerten. Später wurden die besetzten Teile des Mittelalters höchstens am Rande der großen Wäldern an topographisch begünstigter Stelle angelegt. Die in den Wald vordringenden Pioniere des Mittelalters waren die Mönche. Ihre Siedlungen sind allerdings bis heute nur Inseln menschlicher Kultur geblieben.

Erst in der Neuzeit wurde das Innere der Wälder Nordfrankreichs dem Charakter erschlossen. Nach der Renaisancezeit hatte man begonnen, die Wäldungen nach den Grundgesetzen einer planmäßigen Gartenkunst zu kultivieren, aber der durch die Revolution hervorgerufene Niedergang des luxuriösen französischen Landbesitzes des Adels hat den Wäldern einen großen Teil ihrer Urwüchsigkeit wiedergegeben.

Während bisher die Wälder in altertümlicher, nicht auf einen höchstmöglichen Ertrag abzielender Weise abgeholzt wurden, wo der Mensch seiner zur Feuerung bedurfte, hat man in allerneuester Zeit mit der Neuanforstung entwaldeter Strecken begonnen.

